

Die Reform der Pflegeversicherung

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage

- Bericht -
Arbeitsversion

Februar 2007

Im Auftrag von



durchgeführt von

dimap communications

in Zusammenarbeit mit

The logo for dimap consists of the word 'dimap' in a lowercase, grey, serif font. Each letter has a small grey dot above it, and the 'i' has a red dot above it.

das Institut für Markt- und Politikforschung

Vorbemerkung

Im Auftrag des Verbandes der Privaten Krankenversicherungen hat dimap communications GmbH in Berlin, die Beratungsgesellschaft innerhalb der dimap-Gruppe, in Zusammenarbeit mit dimap, das Institut für Markt- und Politikforschung, Bonn-Bad Godesberg, eine Erhebung zum Thema „Reform der Pflegeversicherung“ durchgeführt.

Dazu wurden vom 13. bis 18. Februar 2007 bundesweit 1.000 repräsentativ ausgewählte wahlberechtigte Bürger mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews befragt.

Der maximale statistische Fehler bei einer repräsentativen Stichprobe von 1.000 Befragten beträgt +/- 3,1 Prozent bei einer Antwortverteilung von 50 zu 50 Prozent.

In dem vorliegenden Berichtsband werden die wichtigsten Resultate grafisch aufbereitet und kommentiert.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

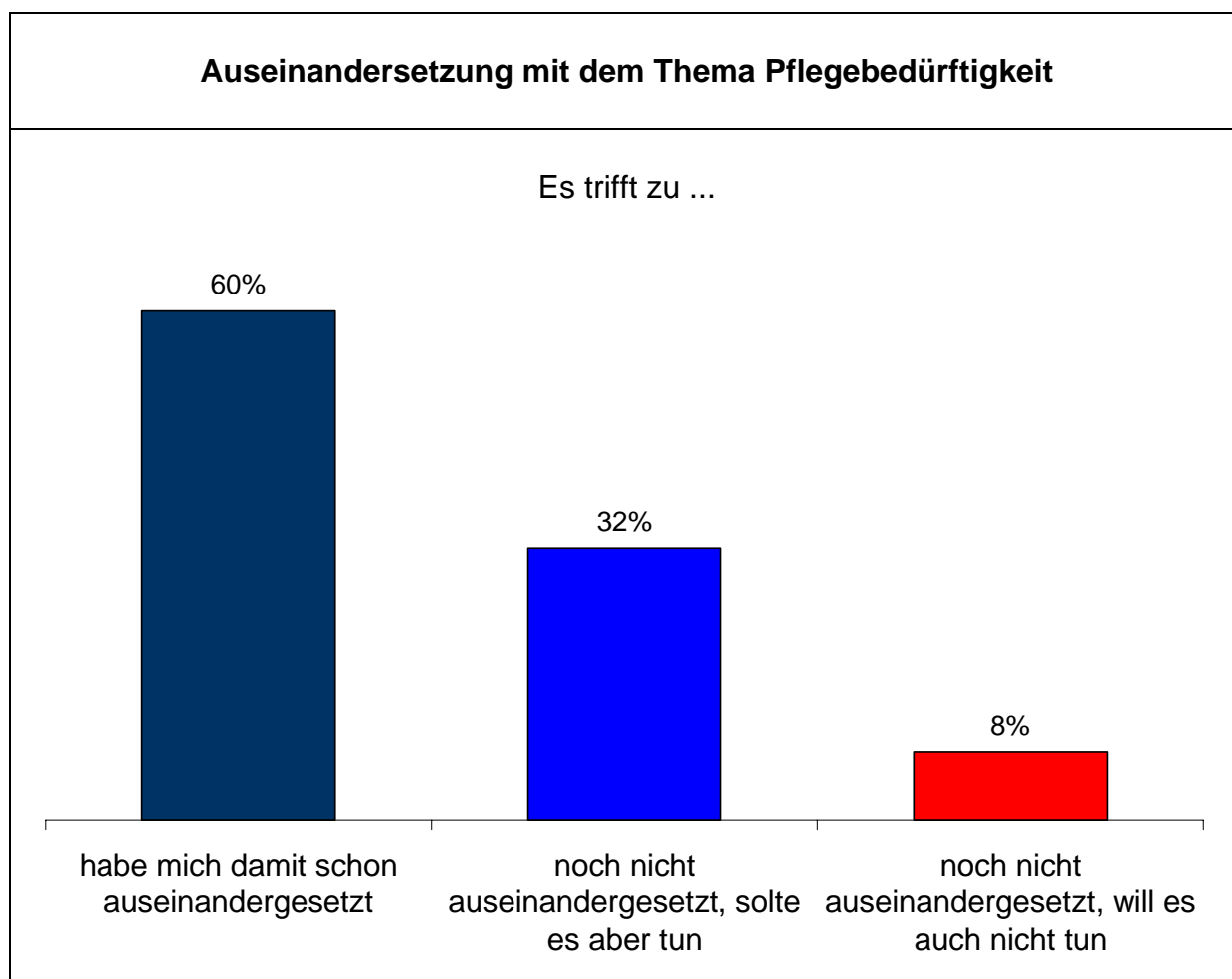
1.	Beschäftigung mit dem Thema Pflegebedürftigkeit	4
2.	Informationsstand zum Thema Pflegeversicherung	5
3.	Reform der Pflegeversicherung.....	11
4.	Meinungen zur privaten Zusatzversicherung.....	15

Anhang

**Fragenkatalog
Tabellenband**

1. Beschäftigung mit dem Thema Pflegebedürftigkeit

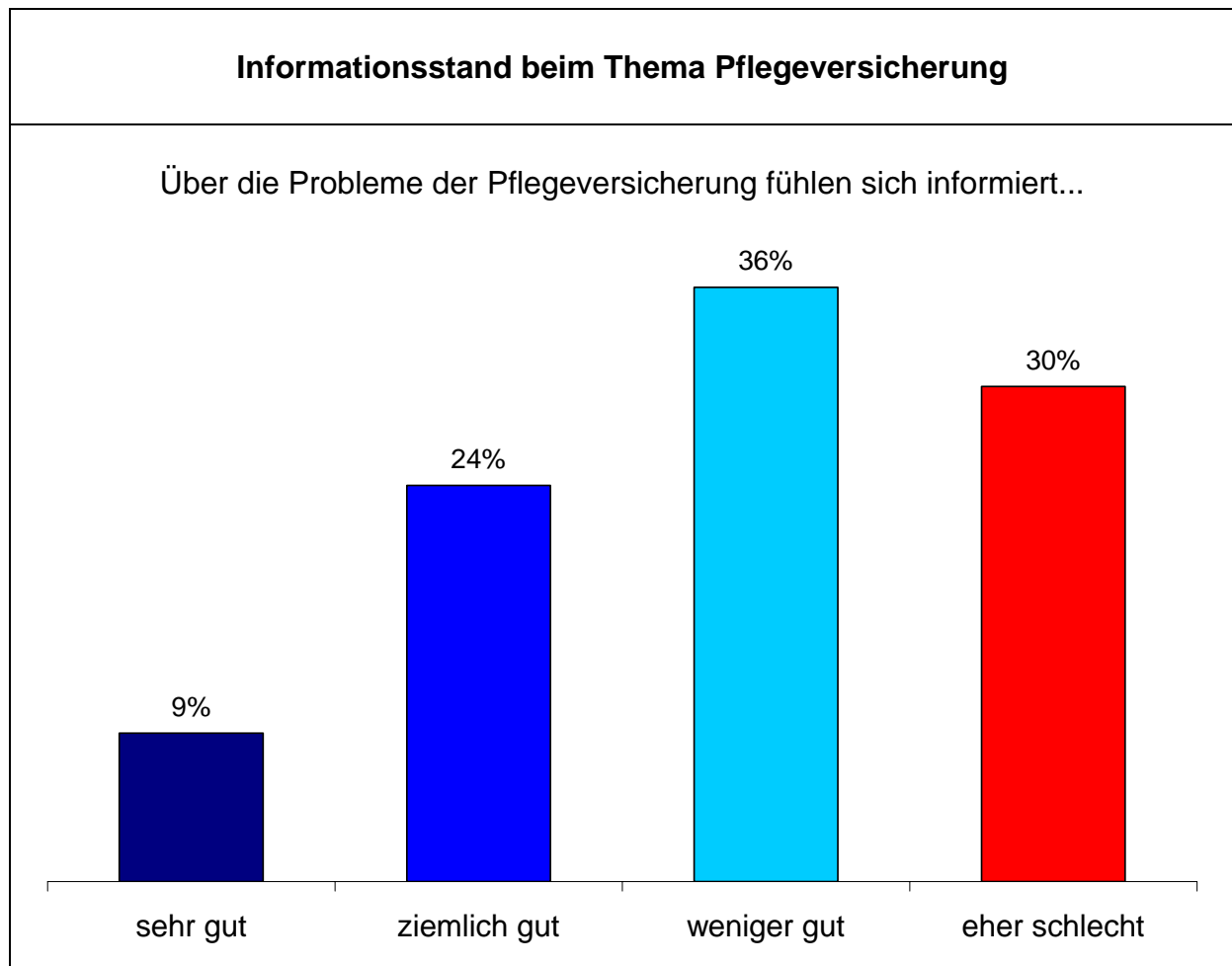
Die Lebenserwartung in Deutschland steigt seit langem kontinuierlich an. Gleichzeitig geht die Zahl der Geburten zurück, mit der Folge, dass sich die Alterspyramide in der Bevölkerung massiv zu Gunsten der älteren Generationen verschiebt. Zu den Folgen dieser Entwicklung gehört auch, dass die Zahl der pflegebedürftigen Menschen erheblich zunehmen wird. Die Mehrzahl der Bürger ist sich dieser Problemlage durchaus bewusst. Sechs Zehntel geben an, sich schon einmal ausführlich mit dem Themen Pflegebedürftigkeit und den daraus erwachsenden Konsequenzen beschäftigt zu haben. Rund jeder Dritte bekennt, er habe sich damit noch nicht näher auseinandergesetzt, wohl wissend, dass dies notwendig wäre. Lediglich 8 Prozent neigen offenkundig dazu, die einschlägigen Probleme zu verdrängen, weil sie sich nach eigenem Bekunden damit noch nicht befasst haben und es auch nicht tun wollen.



In allen Bevölkerungsgruppen findet sich eine Mehrheit derer, die sich mit der Frage der Pflegebedürftigkeit bereits intensiver beschäftigt haben. Eine Ausnahme bilden die jungen Bürger unter 24 Jahre, bei denen dieser Anteil lediglich 29 Prozent beträgt. Den weitaus Meisten dieser Altersgruppen, 62 Prozent, ist aber durchaus bewusst, dass die Beschäftigung mit dem Thema Pflege auch für sie unausweichlich sein wird und sie sich damit befassen sollten.

2. Informationsstand zum Thema Pflegeversicherung

Im auffälligen Kontrast zur Beschäftigung mit dem Thema Pflegebedürftigkeit steht der subjektiv empfundene Informationsstand mit Blick auf die aktuellen Probleme der Pflegeversicherung. Lediglich ein knappes Zehntel (9%) gibt an, darüber sehr gut Bescheid zu wissen und weitere 24 Prozent erklären, sie seien ziemlich gut über die anstehenden Fragen informiert.



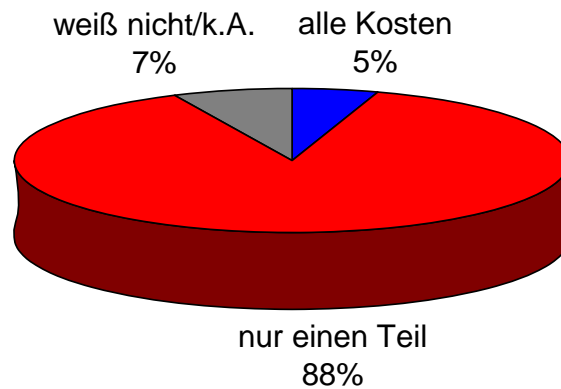
Gut jeder Dritte, 36 Prozent, bekennt hingegen, der eigene Kenntnisstand weise hier deutliche Lücken auf. Drei Zehntel erklären, sie hätten erhebliche Informationsdefizite in Sachen Pflegeversicherung.

Deutlich höher fällt der Informationsgrad bei den über 65jährigen Bürgern aus, von denen 46 Prozent angeben, sie wüssten sehr gut oder zumindest ziemlich gut über diese Probleme Bescheid. Im übrigen spielen der Bildungsstatus und die berufliche Situation beim Kenntnisstand über die Probleme der Pflegeversicherung keine Rolle.

Fast allen Bürgern, 88 Prozent, ist bekannt, dass die Pflegeversicherung nur einen Teil der Kosten übernimmt, wenn sie selbst oder ein Familienangehöriger pflegebedürftig werden. Nur eine sehr kleine Gruppe von 5 Prozent glaubt, sie würde in diesem Fall alle anfallenden Ausgaben abdecken.

Kostenübernahme durch die Pflegeversicherung

Die Pflegeversicherung übernimmt...

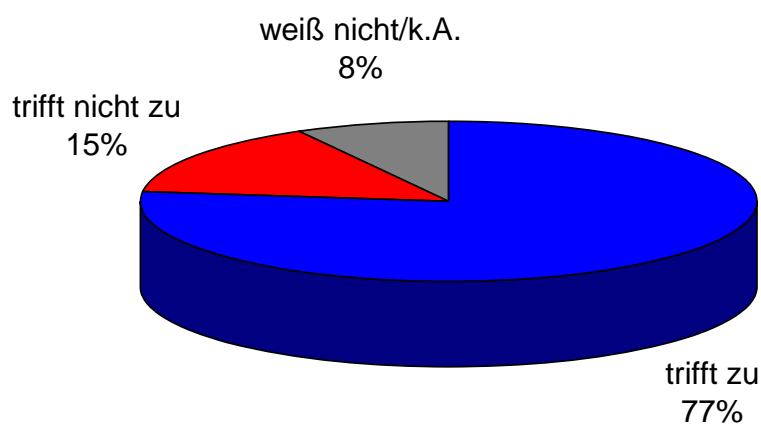


Der Kenntnisstand über den begrenzten Leistungsumfang der Pflegeversicherung fällt dabei in allen Bevölkerungsgruppen praktisch gleich hoch aus.

Nicht ganz so weit verbreitet im Bewusstsein der Bevölkerung ist die Tatsache, dass die Angehörigen zur Abdeckung der Pflegekosten herangezogen werden, wenn die eigenen Mittel und die Leistungen der Pflegeversicherung dafür nicht ausreichen.

Zahlungspflicht der Angehörigen

Wenn die eigenen Mittel und die Leistungen der Pflegeversicherung nicht ausreichen...



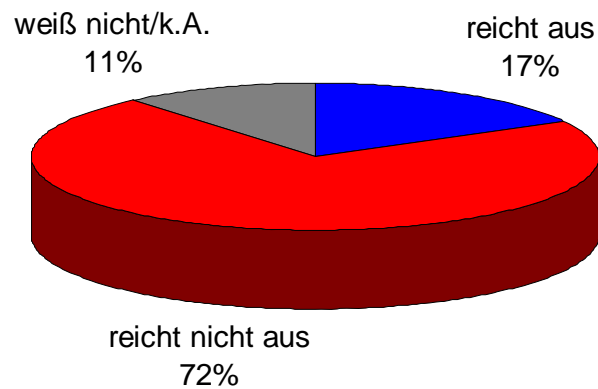
Gut drei von vier Bürgern wissen, dass sie im Falle der Pflegebedürftigkeit von Angehörigen unter Umständen für die entstehenden Kosten gerade stehen müssen, während nur 15 Prozent davon ausgehen, es gäbe keine Verpflichtungen zu eigenen finanziellen Leistungen.

Nennenswerte Unterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen beim Kenntnisstand zu diesen Fragen treten nicht zu Tage.

Vor dem Hintergrund der bisher dargestellten Ergebnisse wird es nicht verwundern, dass nur ein kleiner Teil von 17 Prozent der Bevölkerung glaubt, durch die Pflegeversicherung auch in Zukunft ausreichend gegen das Pflegerisiko abgesichert zu sein.

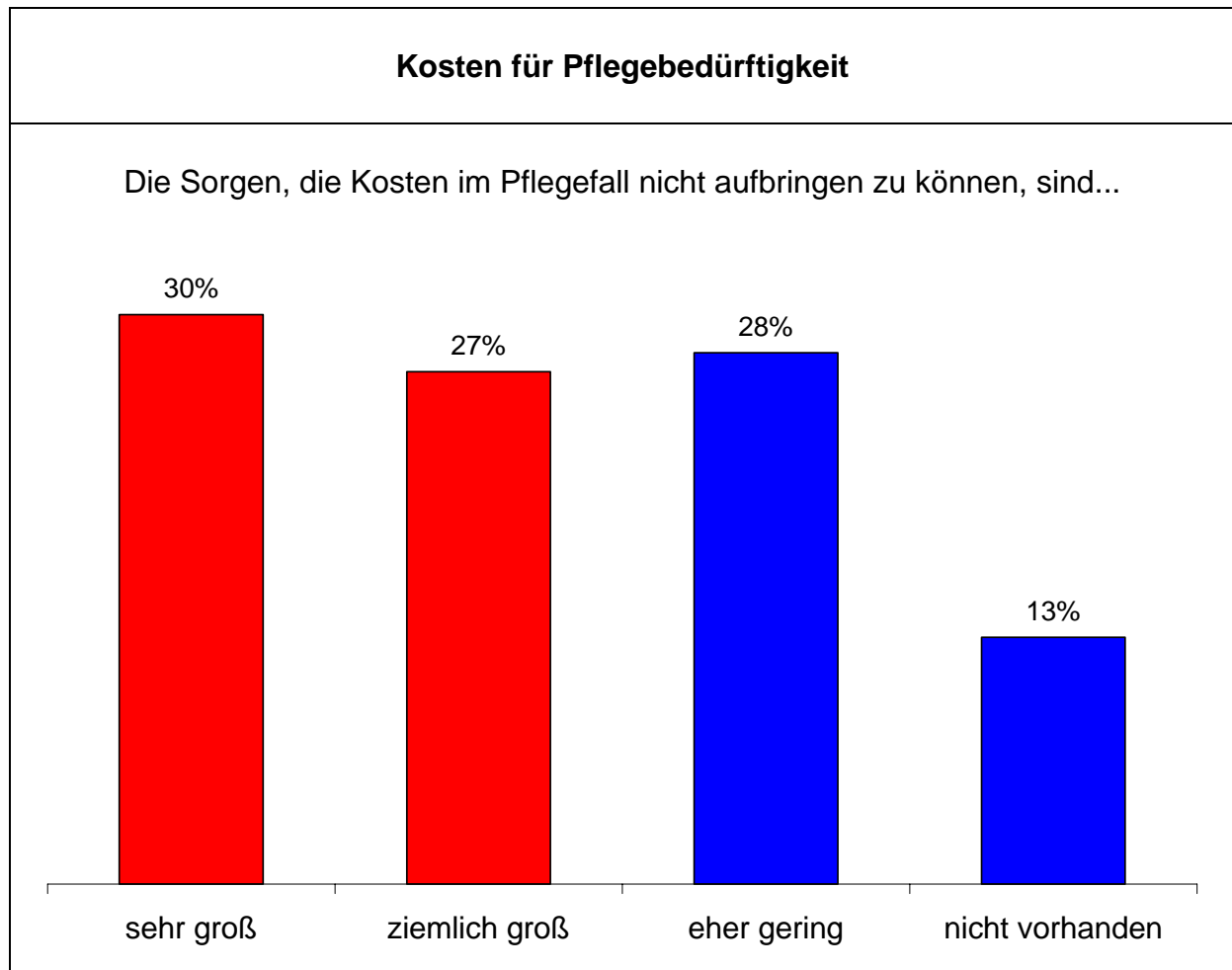
Absicherung gegen das Pflegerisiko

Die Absicherung durch die gesetzliche Pflegeversicherung...



Der weitaus größte Teil, 72 Prozent, geht hingegen davon aus, dass die Absicherung durch die staatliche Pflegeversicherung spürbare Lücken aufweist.

Entsprechend groß sind die Sorgen in weiten Teilen der Bevölkerung, dass die Kosten im Fall der Pflegebedürftigkeit nicht im erforderlichen Maße aufgebracht werden können. Bei 30 Prozent sind derartige Befürchtungen nach eigenem Bekunden sehr stark ausgeprägt und weitere 27 Prozent machen sich unter diesem Gesichtspunkt mit Blick auf die eigene Zukunft bzw. die der Angehörigen ziemlich große Sorgen.



Beträchtliche Teile der Bevölkerung sehen den Dingen allerdings eher gelassen entgegen und machen sich nur geringe oder gar keine Sorgen bei dem Gedanken, welche Belastungen im Falle der Pflegebedürftigkeit auf sie zukommen werden.

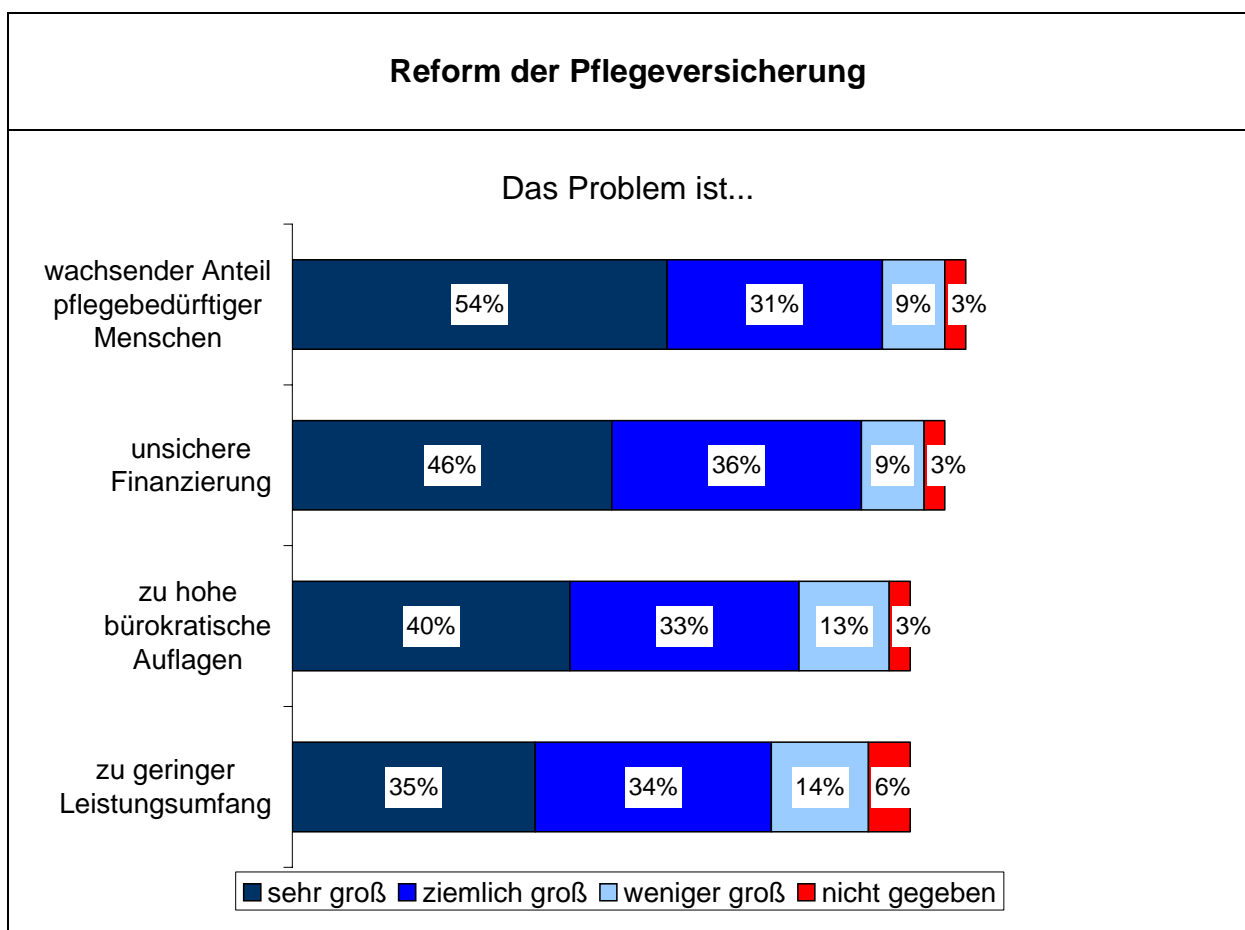
Das verfügbare Einkommen spielt bei der Einschätzung, wie die Belastungen durch einen Pflegefall zu verkraften sind, erwartungsgemäß eine wichtige Rolle. Eine deutliche Abnahme der Befürchtungen ist allerdings erst oberhalb der Marke von einem Monatseinkommen von 2500 Euro zu verzeichnen. In allen Einkommensgruppen darunter bekennen mehr als 60 Prozent, die diesbezüglichen Sorgen seien sehr oder doch ziemlich groß. Liegt das monatliche Budget zwischen 2500 und 3500 Euro, dann beträgt der Anteil der Bürger mit ausgeprägten Befürchtungen 49 Prozent. Jenseits der Schwelle von 3500 Euro bringen noch 29 Prozent entsprechende Sorgen zum Ausdruck.

Bemerkenswert ist, dass unter den jüngeren Generationen die Ängste, die Kosten für einen Pflegefall nicht aufbringen zu können, genauso stark ausgeprägt sind wie bei den älteren Bürgern. Von den unter 24jährigen äußern, vermutlich in erster Linie mit Blick auf die eigenen Eltern, 59 Prozent sehr oder ziemlich große Sorgen, bei den über 55jährigen sind es 55 Prozent.

3. Reform der Pflegeversicherung

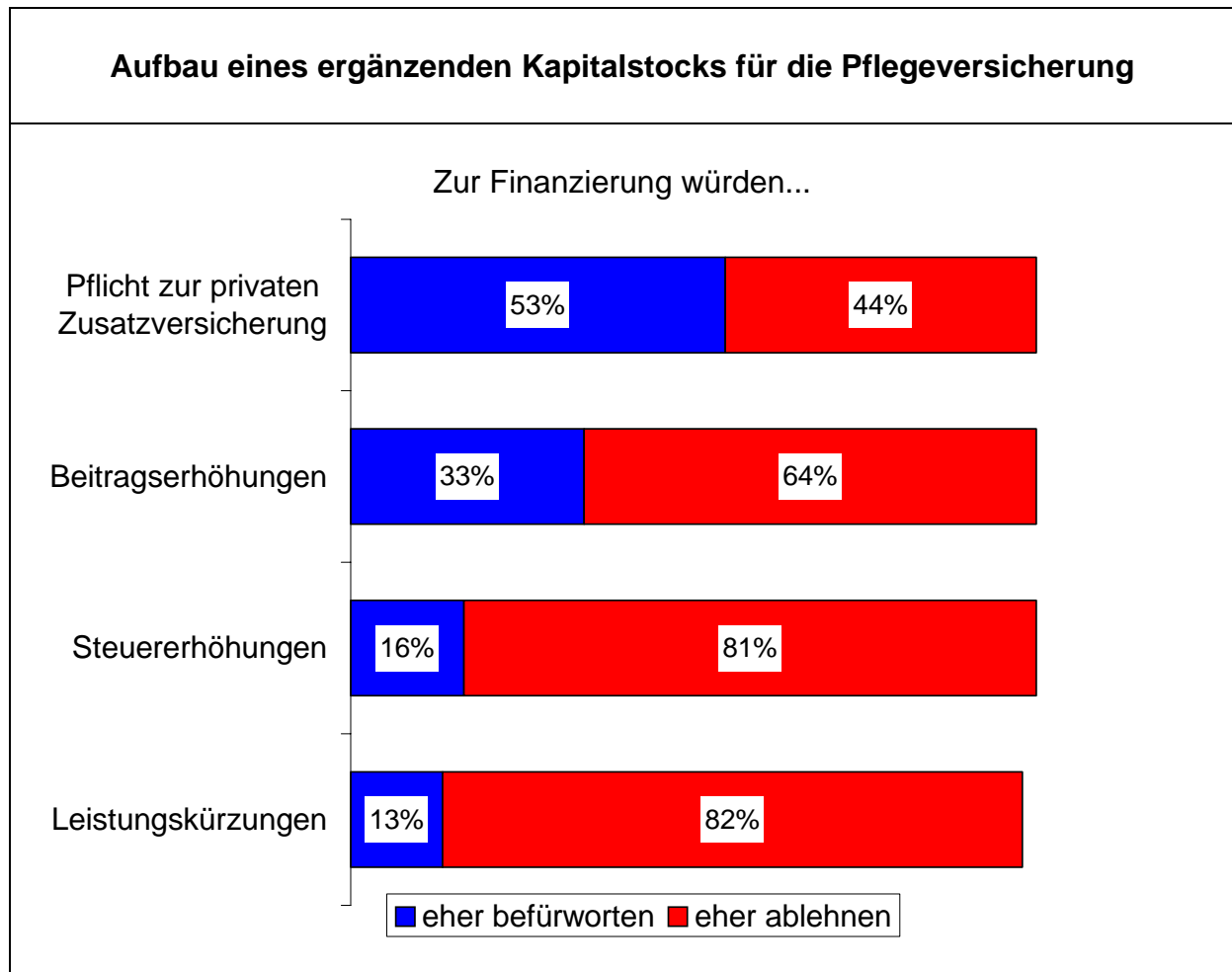
Nach der Gesundheitsreform hat die Bundesregierung die Erneuerung der Pflegeversicherung auf die Agenda gesetzt. Aus Sicht der Bürger müssen mit dieser Reform eine Reihe von schwerwiegenden Problemen gelöst werden, um die Zukunft der Pflegeversicherung zu gewährleisten.

Der gravierendste Punkt wird in den Folgen der demografischen Entwicklung gesehen, die zu einem wachsenden Anteil pflegebedürftiger Menschen führt. Über die Hälfte (54%) sieht darin ein sehr großes Problem und weitere 31 Prozent halten den Aspekt für ziemlich problematisch.



An zweiter Stelle rangiert die unsichere Finanzierung der Pflegeversicherung, die nach Einschätzung von gut vier Fünftel sehr große oder ziemlich große Schwierigkeiten bereitet. Als kaum weniger bedeutsam werden die übermäßigen bürokratischen Auflagen angesehen. Das vergleichsweise geringste Problem sehen die Bürger in dem ungenügenden Leistungsumfang der Pflegeversicherung, den aber immer noch jeweils rund ein Drittel für sehr oder ziemlich problematisch hält.

Zur langfristigen Finanzierung der Pflegeversicherung soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung ein ergänzender Kapitalstock aufgebaut werden. Offen ist die Frage, aus welchen Quellen die Mittel dafür kommen sollen. Unter den verschiedenen Möglichkeiten zur Finanzierung einer kapitalgedeckten Komponente der Pflegeversicherung findet nur eine Variante die Zustimmung einer Mehrheit in der Bevölkerung. Die Verpflichtung zum Abschluss einer privaten Zusatzversicherung wird von 53 Prozent eher befürwortet, von 44 Prozent hingegen eher abgelehnt.



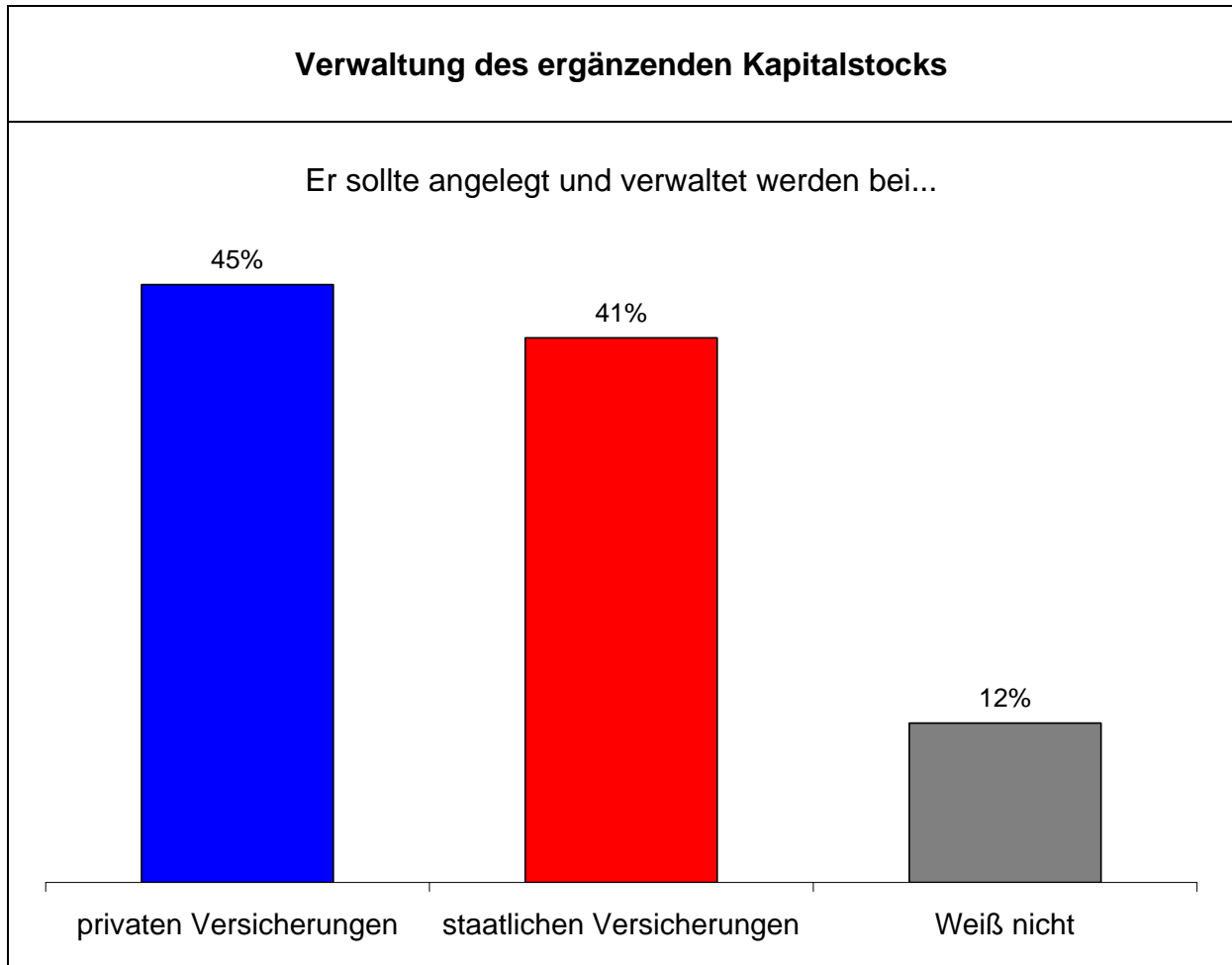
Beitragserhöhungen zur Finanzierung des Kapitalstocks wären nach Ansicht jedes dritten Bürgers akzeptabel. Auf eine sehr breite Ablehnung stoßen hingegen Steuererhöhungen auf der einen und Leistungskürzungen auf der anderen Seite.

Die Bereitschaft, Lösungen zu akzeptieren, die persönlich höhere Ausgaben nach sich ziehen, steigt mit dem verfügbaren Einkommen zwar deutlich an, aber selbst in der höchsten Einkommensklasse bleiben die Befürworter höherer Steuern bzw. höherer Beiträge klar in der Minderheit. Überwiegend Zustimmung findet hier hingegen die Pflicht zu einer privaten Zusatzversicherung.

Die Ansichten in den Anhängerschaften der politischen Parteien stimmen mit einer Ausnahme weitgehend überein. Eine private Zusatzversicherung wird von den Wählern der Union, der SPD und der FDP überwiegend gut geheißen. Im Lager der Grü-

nen fallen die Meinungen mit 49 Pro- und ebenso vielen Kontrastimmen geteilt aus, während sich die Anhänger der Linkspartei.PDS zu rund zwei Drittel dagegen aussprechen.

Umstritten ist die Frage, ob der zu schaffende Kapitalstock bei privaten oder bei staatlichen Versicherungen angelegt und verwaltet werden soll.



Eine knappe Mehrheit von 45 Prozent plädiert dafür, die Verantwortung in die Hände privater Unternehmen zu legen, während sich fast ebenso Viele, 41 Prozent, für staatliche Versicherungen aussprechen. Gut ein Zehntel kann oder will hier keine Stellungnahme abgeben.

Unterschiedlich fallen an dieser Stelle die Meinungen in den einzelnen Altersgruppen aus. Die Jahrgänge der bis 44jährigen haben offenkundig mit über 50 Prozent mehr Vertrauen in private Versicherungen, während jeweils gut ein Drittel einer staatlichen Lösung den Vorzug gibt. Bei den über 65jährigen verhält es sich mit 26 zu 50 Prozent umgekehrt. In den mittleren Jahrgängen halten sich beide Ansichten die Waage.

In den Anhängerschaften der einzelnen Parteien wird die Frage ebenfalls divergierend beantwortet. Bei den Wählern der CDU/CSU findet sich ein leichter Überhang zu Gunsten der privatwirtschaftlichen Lösung, im Lager der SPD behält die staatliche

Variante knapp die Oberhand. Mehrheiten für die Verwaltung des Kapitalstocks bei privaten Versicherungen sind bei den Anhängern der Grünen mit 52 Prozent und noch weit deutlicher in den Reihen der FDP-Anhänger mit 72 Prozent zu finden. Eine deutliche Mehrheit für die staatliche Versicherung, 67 Prozent, bringen die Wähler der Linkspartei.PDS zum Ausdruck.

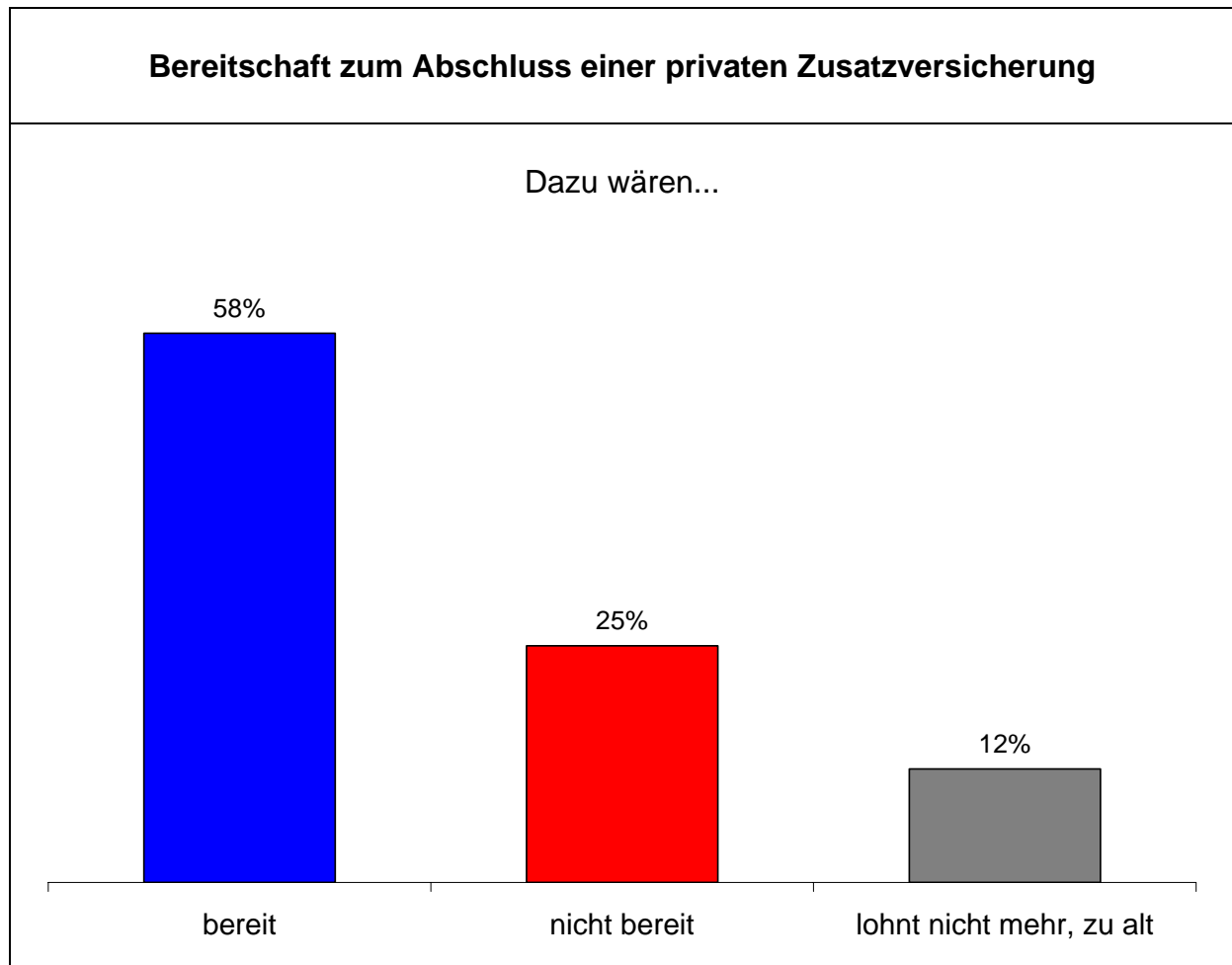
4. Meinungen zur privaten Zusatzversicherung

Eine private Zusatzversicherung zur Abdeckung eventueller Pflegekosten, die analog zur Riester-Rente bei der Altersvorsorge organisiert ist, wird von der weit überwiegenden Mehrzahl von 70 Prozent der Bürger als notwendig erachtet. Jeder Vierte (26%) vertritt hingegen die Ansicht, dass eine solche Vorsorge entbehrlich sei.



Das Verhältnis von Befürwortern und Gegnern einer privaten Zusatzversicherung zur Abdeckung von Pflegekosten fällt in allen Bevölkerungsgruppen und den Anhängerschaften der Parteien annähernd gleich aus. Lediglich bei den Wählern der Linkspartei gibt es etwa gleich viele Pro- wie Kontra-Stimmen.

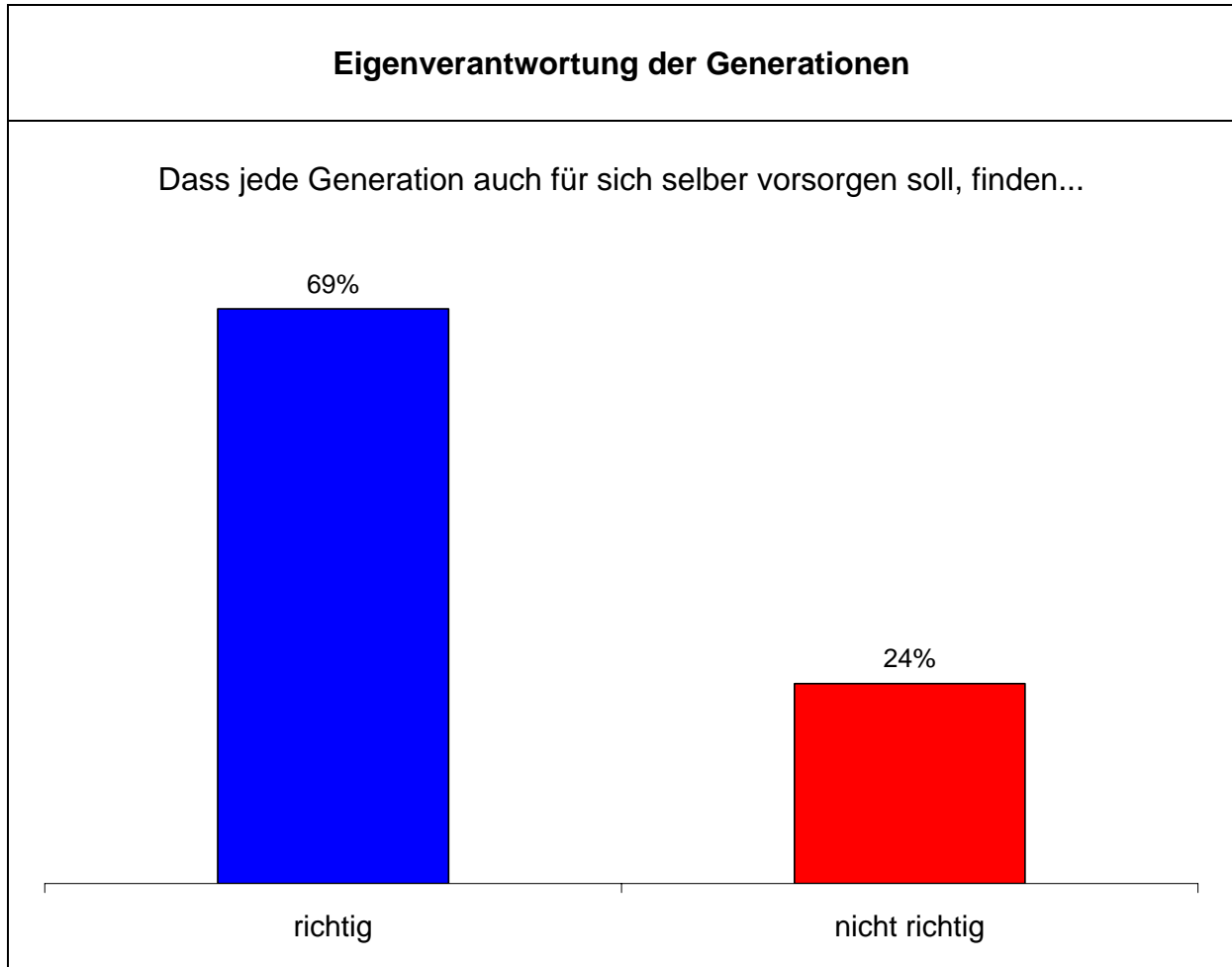
Der Einsicht in die Notwendigkeit einer privaten Vorsorge für den Pflegefall folgt die Bereitschaft zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung in fast gleichem Maße. Knapp sechs von zehn Bürgern (58%) erklären, sie wären grundsätzlich geneigt eine, der Riester-Rente ähnliche private Pflegeversicherung abzuschließen, während jeder Vierte einen solchen Schritt für sich persönlich ablehnt.



Dabei spielt allerdings die eigene Lebensperspektive eine entscheidende Rolle. In allen Jahrgängen bis 54 Jahre liegt die Bereitschaft über der 60-Prozent-Marke. Bei den älteren Generationen sinkt sie auf 46 Prozent bei den 55-64jährigen und auf 34 Prozent bei den über 65jährigen, weil bei diesen Altersgruppen die Meinung stark verbreitet ist, zu 25 bzw. 37 Prozent, der Abschluss eines entsprechenden Vertrages würde sich für sie nicht mehr lohnen.

Von großer Bedeutung ist an dieser Stelle verständlicherweise auch die persönliche finanzielle Situation. Aber selbst in der untersten Einkommensgruppe bis 1000 Euro erklärt die Mehrzahl von 48 Prozent die grundsätzliche Bereitschaft, eine private Zusatzversicherung für die Pflege abzuschließen. Dieser Wert erhöht sich mit steigendem Einkommen bis auf 70 Prozent bei jenen, die mehr als 3500 Euro zur Verfügung haben.

Diese Ergebnisse beruhen sicher auch auf der in der Bevölkerung mittlerweile weit verbreiteten Einsicht, dass angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung eine rein umlagenfinanzierte soziale Absicherung gegen die Lebensrisiken nicht mehr funktionieren kann. Sieben von zehn Bürgern (69%) finden es richtig, dass jede Generation auch für sich selber vorsorgen soll, wohingegen lediglich jeder Vierte an dem bisherigen Prinzip festhalten will, dass die jüngeren Generationen für die Älteren aufkommen.



An dieser Stelle herrscht weitgehend Konsens in allen Bevölkerungsgruppen, auch zwischen den Jüngeren und Älteren selbst.

Anhang

**Umfrage PKV
Reform Pflegeversicherung
- Fragenkatalog -**

1. Haben Sie sich schon einmal ausführlich mit dem Thema Pflegebedürftigkeit und den Aufgaben, die dann auf Sie oder Ihre Angehörigen zukommen, auseinandergesetzt?
 - Ja, habe mich schon damit auseinandergesetzt
 - Nein, aber ich weiß, dass ich es tun sollte
 - Nein und ich möchte mich mit dem Thema auch gar nicht beschäftigen

2. Vor rund zehn Jahren ist in Deutschland die gesetzliche Pflegeversicherung neu eingeführt worden. Glauben Sie, dass Sie oder Ihre Angehörigen mit der gesetzlichen Pflegeversicherung auch in Zukunft ausreichend gegen das Pflegerisiko bzw. den Pflegefall abgesichert sind?
 - Ja, Absicherung reicht aus
 - Nein, Absicherung reicht nicht aus

3. Die Politik beabsichtigt, die gesetzliche Pflegeversicherung in nächster Zeit zu reformieren. Welches sind aus Ihrer Sicht die größten Probleme der gesetzlichen Pflegeversicherung? (sehr großes, ziemlich großes, weniger großes, gar kein Problem)
 - Der wachsende Anteil der älteren und pflegebedürftigeren Menschen in unserer Gesellschaft
 - Der Umfang der Leistungen ist zu gering
 - Die jetzige Finanzierung ist unsicher
 - Die bürokratischen Auflagen sind zu hoch

4. Wie gut fühlen Sie sich über die Probleme im Zusammenhang mit der gesetzlichen Pflegeversicherung informiert? (sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder eher schlecht)

5. Für den Fall, dass Sie selbst oder ein Familienangehöriger einmal pflegebedürftig werden, übernimmt die gesetzliche Pflegeversicherung dann Ihres Wissens nach alle Kosten für die Pflege oder nur einen Teil davon?
- Alle Kosten
 - Nur einen Teil
6. Für den Fall, dass die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung und die eigenen Mittel nicht ausreichen, um die Pflegekosten zu bezahlen, müssen dann Ihres Wissens die Angehörigen für die Pflegekosten aufkommen?
- Trifft zu
 - Trifft nicht zu
7. Wenn Sie einmal an Ihre eigene Zukunft oder an die Ihrer Eltern denken, haben Sie dann sehr große, ziemlich große, eher geringe oder gar keine Sorgen, dass Sie im Fall der Pflegebedürftigkeit Ihrer Eltern oder Ihrer eigenen Pflegebedürftigkeit die Kosten für sich selbst oder für einen Angehörigen nicht aufbringen können?
- Sehr große Sorgen
 - Ziemlich große Sorgen
 - Eher geringe Sorgen
 - Gar keine Sorgen
8. In der Altersvorsorge wird schon seit einigen Jahren dringend die so genannte Riesterrente, eine private Vorsorge in Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung empfohlen. Vergleichbare Vorschläge werden in der Politik aktuell auch für die Pflegeversicherung diskutiert. Halten Sie es persönlich für notwendig, dass eine private Zusatzversicherung zur Deckung der Pflegekosten eingeführt werden muss?
- Ja, notwendig
 - Nein, nicht notwendig
9. Finden Sie es in diesem Zusammenhang richtig, dass jede Generation auch für sich selber vorsorgen soll oder sollen wie bisher die Jungen für die Alten aufkommen?
- Finde ich richtig, (dass jede Generation auch für sich selber vorsorgen soll)
 - Nicht richtig (die Jungen sollten auch in Zukunft für die Alten aufkommen)

10. Da die Kosten in der Pflegeversicherung in Zukunft vermutlich stark ansteigen werden, haben SPD und Union im Koalitionsvertrag vereinbart, dass für die Pflege ein ergänzender Kapitalstock aufgebaut werden soll. Welche Möglichkeiten zur Finanzierung eines solchen ergänzenden Kapitalstocks würden Sie eher befürworten, welche eher ablehnen?

- Beitragserhöhungen
- Leistungskürzungen
- Steuererhöhungen
- Jeder sollte eine private Zusatzversicherung abschließen müssen

11. Würden Sie bevorzugen, dass Ihre Beiträge für den Aufbau eines ergänzenden Kapitalstocks bei privaten Versicherungen (unter staatlicher Aufsicht) oder bei einer staatlichen Institution angelegt und verwaltet werden?

- Bei privaten Versicherungen
- Bei staatlichen Institutionen

12. Wären Sie grundsätzlich bereit, eine solche - der Riesterrente ähnliche - private Zusatzversicherung abzuschließen?

- Ja, bereit
- Nein, nicht bereit
- Spontan (wird nicht vorgelesen): lohnt nicht mehr, bin zu alt

**Umfrage PKV
Reform Pflegeversicherung
- Fragenkatalog -**

1. Haben Sie sich schon einmal ausführlich mit dem Thema Pflegebedürftigkeit und den Aufgaben, die dann auf Sie oder Ihre Angehörigen zukommen, auseinandergesetzt?
 - Ja, habe mich schon damit auseinandergesetzt
 - Nein, aber ich weiß, dass ich es tun sollte
 - Nein und ich möchte mich mit dem Thema auch gar nicht beschäftigen

2. Vor rund zehn Jahren ist in Deutschland die gesetzliche Pflegeversicherung neu eingeführt worden. Glauben Sie, dass Sie oder Ihre Angehörigen mit der gesetzlichen Pflegeversicherung auch in Zukunft ausreichend gegen das Pflegerisiko bzw. den Pflegefall abgesichert sind?
 - Ja, Absicherung reicht aus
 - Nein, Absicherung reicht nicht aus

3. Die Politik beabsichtigt, die gesetzliche Pflegeversicherung in nächster Zeit zu reformieren. Welches sind aus Ihrer Sicht die größten Probleme der gesetzlichen Pflegeversicherung? (sehr großes, ziemlich großes, weniger großes, gar kein Problem)
 - Der wachsende Anteil der älteren und pflegebedürftigeren Menschen in unserer Gesellschaft
 - Der Umfang der Leistungen ist zu gering
 - Die jetzige Finanzierung ist unsicher
 - Die bürokratischen Auflagen sind zu hoch

4. Wie gut fühlen Sie sich über die Probleme im Zusammenhang mit der gesetzlichen Pflegeversicherung informiert? (sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder eher schlecht)

5. Für den Fall, dass Sie selbst oder ein Familienangehöriger einmal pflegebedürftig werden, übernimmt die gesetzliche Pflegeversicherung dann Ihres Wissens nach alle Kosten für die Pflege oder nur einen Teil davon?
 - Alle Kosten
 - Nur einen Teil

6. Für den Fall, dass die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung und die eigenen Mittel nicht ausreichen, um die Pflegekosten zu bezahlen, müssen dann Ihres Wissens die Angehörigen für die Pflegekosten aufkommen?
 - Trifft zu
 - Trifft nicht zu

7. Wenn Sie einmal an Ihre eigene Zukunft oder an die Ihrer Eltern denken, haben Sie dann sehr große, ziemlich große, eher geringe oder gar keine Sorgen, dass Sie im Fall der Pflegebedürftigkeit Ihrer Eltern oder Ihrer eigenen Pflegebedürftigkeit die Kosten für sich selbst oder für einen Angehörigen nicht aufbringen können?
 - Sehr große Sorgen
 - Ziemlich große Sorgen
 - Eher geringe Sorgen
 - Gar keine Sorgen

8. In der Altersvorsorge wird schon seit einigen Jahren dringend die so genannte Riesterrente, eine private Vorsorge in Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung empfohlen. Vergleichbare Vorschläge werden in der Politik aktuell auch für die Pflegeversicherung diskutiert. Halten Sie es persönlich für notwendig, dass eine private Zusatzversicherung zur Deckung der Pflegekosten eingeführt werden muss?
 - Ja, notwendig
 - Nein, nicht notwendig

9. Finden Sie es in diesem Zusammenhang richtig, dass jede Generation auch für sich selber vorsorgen soll oder sollen wie bisher die Jungen für die Alten aufkommen?
- Finde ich richtig, (dass jede Generation auch für sich selber vorsorgen soll)
 - Nicht richtig (die Jungen sollten auch in Zukunft für die Alten aufkommen)
10. Da die Kosten in der Pflegeversicherung in Zukunft vermutlich stark ansteigen werden, haben SPD und Union im Koalitionsvertrag vereinbart, dass für die Pflege ein ergänzender Kapitalstock aufgebaut werden soll. Welche Möglichkeiten zur Finanzierung eines solchen ergänzenden Kapitalstocks würden Sie eher befürworten, welche eher ablehnen?
- Beitragserhöhungen
 - Leistungskürzungen
 - Steuererhöhungen
 - Jeder sollte eine private Zusatzversicherung abschließen müssen
11. Würden Sie bevorzugen, dass Ihre Beiträge für den Aufbau eines ergänzenden Kapitalstocks bei privaten Versicherungen (unter staatlicher Aufsicht) oder bei einer staatlichen Institution angelegt und verwaltet werden?
- Bei privaten Versicherungen
 - Bei staatlichen Institutionen
12. Wären Sie grundsätzlich bereit, eine solche - der Riesterrente ähnliche - private Zusatzversicherung abzuschließen?
- Ja, bereit
 - Nein, nicht bereit
 - Spontan (wird nicht vorgelesen): lohnt nicht mehr, bin zu alt

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Ja, habe mich schon damit auseinandergesetzt	Nein, aber ich weiß, dass ich es tun sollte	Nein und ich möchte mich mit dem Thema auch gar nicht beschäftigen	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	60	32	8	0	-
Region					
Alte Bundesländer	60	32	8	0	-
Neue Bundesländer	59	31	10	1	-
Alter					
18 bis 24 Jahre	29	62	9	-	-
25 bis 34 Jahre	44	39	17	1	-
35 bis 44 Jahre	59	39	2	-	-
45 bis 54 Jahre	63	32	6	-	-
55 bis 64 Jahre	73	20	7	0	-
65 Jahre und älter	75	16	9	-	-
Geschlecht					
Männlich	55	36	9	0	-
Weiblich	64	28	7	0	-
Bildungsniveau					
Hauptschule	63	29	8	-	-
Realschulabschluß	61	30	9	0	-
Gymnasium/ EOS	57	39	4	-	-
Universität/ Fachhochschule	56	34	9	0	-
Berufstätigkeit					
Berufstätig	55	36	9	0	-
Nicht berufstätig	66	30	4	-	-
Vorübergehend arbeitslos	62	38	-	-	-
In Ausbildung	38	52	10	-	-
Rentner, Pensionär	75	16	9	0	-
Beruf					
Angestellter	53	39	8	0	-
Beamter	67	32	2	-	-
Freiberufler bzw. Selbständiger	69	25	6	-	-
Arbeiter	40	40	20	-	-

1.

Haben Sie sich schon einmal ausführlich mit dem Thema Pflegebedürftigkeit und den Aufgaben, die dann auf Sie oder Ihre Angehörigen zukommen, auseinandergesetzt?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Ja, habe mich schon damit auseinandergesetzt	Nein, aber ich weiß, dass ich es tun sollte	Nein und ich möchte mich mit dem Thema auch gar nicht beschäftigen	Weiß nicht	Keine Angabe
---------	--	---	--	------------	--------------

Insgesamt	60	32	8	0	-
-----------	----	----	---	---	---

Haushaltsstruktur

Single Haushalt ohne Kinder	44	46	9	1	-
Single Haushalt mit Kindern	60	27	13	-	-
Verheiratet ohne Kinder	55	32	11	1	-
Verheiratet mit Kindern	66	28	6	-	-
ledig mit Partner(in) lebend	53	33	14	-	-
verwitwet/ geschieden	67	25	8	-	-

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen

bis 1000 Euro	58	31	10	-	-
1001 bis 1500 Euro	60	32	8	-	-
1501 bis 2500 Euro	62	32	6	0	-
2501 bis 3500 Euro	52	39	9	-	-
über 3500 Euro	71	22	7	-	-

Parteipräferenz

CDU/CSU	63	28	9	-	-
SPD	53	41	6	-	-
FDP	50	43	6	-	-
Bündnis 90/ Die Grünen	72	18	10	-	-
Linkspartei	47	41	10	2	-
Andere Partei	60	34	6	-	-
Übrige Befragte	61	30	8	0	-

1.

Haben Sie sich schon einmal ausführlich mit dem Thema Pflegebedürftigkeit und den Aufgaben, die dann auf Sie oder Ihre Angehörigen zukommen, auseinandergesetzt?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Ja, Absicherung reicht aus	Nein, Absicherung reicht nicht aus	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	17	72	0	10
Region				
Alte Bundesländer	16	74	0	10
Neue Bundesländer	20	69	-	12
Alter				
18 bis 24 Jahre	22	59	-	18
25 bis 34 Jahre	12	80	1	8
35 bis 44 Jahre	13	78	-	10
45 bis 54 Jahre	16	75	-	9
55 bis 64 Jahre	22	69	0	9
65 Jahre und älter	21	67	-	12
Geschlecht				
Männlich	21	67	0	11
Weiblich	13	77	0	9
Bildungsniveau				
Hauptschule	24	66	-	11
Realschulabschluß	17	75	-	8
Gymnasium/ EOS	13	78	1	9
Universität/ Fachhochschule	12	76	0	12
Berufstätigkeit				
Berufstätig	15	75	0	10
Nicht berufstätig	10	85	-	5
Vorübergehend arbeitslos	24	63	-	13
In Ausbildung	18	66	-	16
Rentner, Pensionär	21	68	0	10
Beruf				
Angestellter	14	76	-	9
Beamter	11	78	-	11
Freiberufler bzw. Selbständiger	12	75	2	12
Arbeiter	29	60	-	11

2.

Vor rund zehn Jahren ist in Deutschland die gesetzliche Pflegeversicherung neu eingeführt worden.

Glauben Sie, dass Sie oder Ihre Angehörigen mit der gesetzlichen Pflegeversicherung auch in Zukunft ausreichend gegen das Pflegerisiko bzw. den Pflegefall abgesichert sind?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Ja, Absicherung reicht aus	Nein, Absicherung reicht nicht aus	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	17	72	0	10
Haushaltsstruktur				
Single Haushalt ohne Kinder	20	67	-	13
Single Haushalt mit Kindern	15	82	-	2
Verheiratet ohne Kinder	12	81	-	7
Verheiratet mit Kindern	15	76	0	9
ledig mit Partner(in) lebend	16	72	2	11
verwitwet/ geschieden	22	68	-	10
Monatliches Haushaltsnetto- einkommen				
bis 1000 Euro	23	62	0	15
1001 bis 1500 Euro	17	74	-	9
1501 bis 2500 Euro	19	75	-	6
2501 bis 3500 Euro	10	82	-	8
über 3500 Euro	9	79	1	11
Parteipräferenz				
CDU/CSU	24	68	1	8
SPD	16	74	-	10
FDP	10	78	-	12
Bündnis 90/ Die Grünen	18	72	-	9
Linkspartei	23	74	-	3
Andere Partei	3	87	-	10
Übrige Befragte	13	75	0	11

2.

Vor rund zehn Jahren ist in Deutschland die gesetzliche Pflegeversicherung neu eingeführt worden.

Glauben Sie, dass Sie oder Ihre Angehörigen mit der gesetzlichen Pflegeversicherung auch in Zukunft ausreichend gegen das Pflegerisiko bzw. den Pflegefall abgesichert sind?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Der wachsende Anteil der älteren und pflegebedürftigeren Menschen in unserer Gesellschaft

Zeile %	sehr großes Problem	ziemlich großes Problem	weniger großes Problem	gar kein Problem	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	54	31	9	3	2	0
Region						
Alte Bundesländer	54	31	9	3	2	0
Neue Bundesländer	53	31	10	5	2	-
Alter						
18 bis 24 Jahre	58	29	12	1	-	-
25 bis 34 Jahre	58	28	10	3	1	-
35 bis 44 Jahre	54	33	8	2	3	-
45 bis 54 Jahre	60	26	9	4	1	-
55 bis 64 Jahre	46	40	7	4	3	-
65 Jahre und älter	53	31	9	4	4	0
Geschlecht						
Männlich	51	34	9	5	2	0
Weiblich	57	29	9	2	2	-
Bildungsniveau						
Hauptschule	46	35	10	5	4	-
Realschulabschluß	52	30	12	3	2	-
Gymnasium/ EOS	59	32	6	2	1	-
Universität/ Fachhochschule	64	29	5	2	1	0
Berufstätigkeit						
Berufstätig	56	32	8	2	2	-
Nicht berufstätig	49	32	5	7	7	-
Vorübergehend arbeitslos	50	29	13	5	4	-
In Ausbildung	59	30	11	-	-	-
Rentner, Pensionär	52	30	10	5	2	0
Beruf						
Angestellter	56	32	8	3	2	-
Beamter	72	27	2	-	-	-
Freiberufler bzw. Selbständiger	59	30	9	1	2	-
Arbeiter	36	40	16	6	2	-

3.

Die Politik beabsichtigt, die gesetzliche Pflegeversicherung in nächster Zeit zu reformieren.

Welches sind aus Ihrer Sicht die größten Probleme der gesetzlichen Pflegeversicherung?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Der wachsende Anteil der älteren und pflegebedürftigeren Menschen in unserer Gesellschaft

Zeile %	sehr großes Problem	ziemlich großes Problem	weniger großes Problem	gar kein Problem	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	54	31	9	3	2	0

Haushaltsstruktur

Single Haushalt ohne Kinder	58	31	8	3	0	-
Single Haushalt mit Kindern	53	39	8	-	-	-
Verheiratet ohne Kinder	50	32	9	6	3	-
Verheiratet mit Kindern	53	32	9	4	3	0
ledig mit Partner(in) lebend	67	23	10	-	-	-
verwitwet/ geschieden	51	32	10	4	3	-

Monatliches Haushalts- nettoeinkommen

bis 1000 Euro	52	32	11	3	2	-
1001 bis 1500 Euro	51	31	10	3	5	-
1501 bis 2500 Euro	55	32	9	3	2	-
2501 bis 3500 Euro	56	33	5	4	1	-
über 3500 Euro	72	24	4	1	-	-

Parteipräferenz

CDU/CSU	54	33	9	3	2	-
SPD	54	34	8	2	2	-
FDP	58	28	6	5	3	-
Bündnis 90/ Die Grünen	70	28	-	-	2	-
Linkspartei	53	28	8	12	-	-
Andere Partei	56	17	15	9	3	-
Übrige Befragte	54	30	11	2	3	0

3.

*Die Politik beabsichtigt, die gesetzliche Pflegeversicherung in nächster
Zeit zu reformieren.*

*Welches sind aus Ihrer Sicht die größten Probleme der
gesetzlichen Pflegeversicherung?*

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Der Umfang der Leistungen ist zu gering					
	sehr großes Problem	ziemlich großes Problem	weniger großes Problem	gar kein Problem	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	35	34	14	6	10	0
Region						
Alte Bundesländer	35	35	14	6	10	0
Neue Bundesländer	36	32	16	5	11	1
Alter						
18 bis 24 Jahre	22	51	15	6	6	-
25 bis 34 Jahre	30	36	15	4	15	-
35 bis 44 Jahre	38	36	15	4	7	0
45 bis 54 Jahre	41	33	14	4	8	-
55 bis 64 Jahre	40	29	14	9	8	1
65 Jahre und älter	36	29	14	7	14	1
Geschlecht						
Männlich	32	33	17	6	11	1
Weiblich	38	36	11	5	10	0
Bildungsniveau						
Hauptschule	40	28	14	7	11	0
Realschulabschluß	38	36	13	6	7	0
Gymnasium/ EOS	29	41	15	5	9	-
Universität/ Fachhochschule	31	37	16	3	12	1
Berufstätigkeit						
Berufstätig	36	35	15	5	10	0
Nicht berufstätig	35	30	17	6	12	-
Vorübergehend arbeitslos	37	33	16	7	7	-
In Ausbildung	26	44	17	7	7	-
Rentner, Pensionär	37	31	12	6	12	1
Beruf						
Angestellter	38	34	13	5	10	0
Beamter	23	49	18	2	9	-
Freiberufler bzw. Selbständiger	39	30	17	4	10	-
Arbeiter	25	40	23	2	10	-

3.

Die Politik beabsichtigt, die gesetzliche Pflegeversicherung in nächster Zeit zu reformieren.

Welches sind aus Ihrer Sicht die größten Probleme der gesetzlichen Pflegeversicherung?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Der Umfang der Leistungen ist zu gering					
	sehr großes Problem	ziemlich großes Problem	weniger großes Problem	gar kein Problem	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	35	34	14	6	10	0

Haushaltsstruktur

Single Haushalt ohne Kinder	31	39	16	5	9	-
Single Haushalt mit Kindern	49	32	14	-	5	-
Verheiratet ohne Kinder	38	34	17	6	4	1
Verheiratet mit Kindern	37	31	15	6	11	0
ledig mit Partner(in) lebend	29	44	10	5	12	-
verwitwet/ geschieden	36	33	12	5	13	1

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen

bis 1000 Euro	40	32	14	6	7	1
1001 bis 1500 Euro	37	31	15	4	12	0
1501 bis 2500 Euro	38	37	12	7	7	-
2501 bis 3500 Euro	28	42	14	3	13	-
über 3500 Euro	32	33	15	9	11	1

Parteipräferenz

CDU/CSU	34	36	14	7	9	0
SPD	28	40	16	7	9	-
FDP	30	28	17	6	19	-
Bündnis 90/ Die Grünen	27	45	15	3	10	-
Linkspartei	40	37	15	3	5	-
Andere Partei	44	27	16	5	8	-
Übrige Befragte	40	32	12	4	11	1

3.

Die Politik beabsichtigt, die gesetzliche Pflegeversicherung in nächster Zeit zu reformieren.

Welches sind aus Ihrer Sicht die größten Probleme der gesetzlichen Pflegeversicherung?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Die jetzige Finanzierung ist unsicher					
	sehr großes Problem	ziemlich großes Problem	weniger großes Problem	gar kein Problem	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	46	36	9	3	6	0
Region						
Alte Bundesländer	47	36	8	3	7	0
Neue Bundesländer	45	36	12	2	4	1
Alter						
18 bis 24 Jahre	30	42	16	1	8	2
25 bis 34 Jahre	45	41	9	-	5	-
35 bis 44 Jahre	49	33	8	3	6	-
45 bis 54 Jahre	54	30	7	3	6	-
55 bis 64 Jahre	48	35	7	3	6	-
65 Jahre und älter	44	37	9	4	6	1
Geschlecht						
Männlich	41	38	12	3	6	0
Weiblich	51	34	6	2	7	0
Bildungsniveau						
Hauptschule	47	34	9	3	6	0
Realschulabschluß	50	35	6	3	6	-
Gymnasium/ EOS	44	37	11	2	6	-
Universität/ Fachhochschule	43	37	10	3	6	1
Berufstätigkeit						
Berufstätig	47	36	8	2	6	-
Nicht berufstätig	49	36	1	2	12	-
Vorübergehend arbeitslos	48	30	14	2	6	-
In Ausbildung	38	36	17	-	7	2
Rentner, Pensionär	47	36	7	4	5	1
Beruf						
Angestellter	51	33	7	3	6	-
Beamter	40	46	9	-	6	-
Freiberufler bzw. Selbständiger	43	43	6	3	5	-
Arbeiter	35	39	22	-	5	-

3.

Die Politik beabsichtigt, die gesetzliche Pflegeversicherung in nächster Zeit zu reformieren.

Welches sind aus Ihrer Sicht die größten Probleme der gesetzlichen Pflegeversicherung?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Die jetzige Finanzierung ist unsicher					
	sehr großes Problem	ziemlich großes Problem	weniger großes Problem	gar kein Problem	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	46	36	9	3	6	0
Haushaltsstruktur						
Single Haushalt ohne Kinder	42	36	13	1	6	0
Single Haushalt mit Kindern	44	42	11	-	2	-
Verheiratet ohne Kinder	51	32	9	4	4	-
Verheiratet mit Kindern	49	34	8	3	6	0
ledig mit Partner(in) lebend	45	42	5	-	6	2
verwitwet/ geschieden	46	37	7	3	6	-
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen						
bis 1000 Euro	50	33	8	1	7	1
1001 bis 1500 Euro	50	29	11	4	6	-
1501 bis 2500 Euro	43	41	8	4	4	-
2501 bis 3500 Euro	47	40	7	2	4	-
über 3500 Euro	50	34	8	3	5	1
Parteipräferenz						
CDU/CSU	45	36	11	3	4	0
SPD	44	39	9	4	4	-
FDP	46	42	2	-	10	-
Bündnis 90/ Die Grünen	44	40	10	1	3	2
Linkspartei	48	24	23	2	3	-
Andere Partei	67	18	-	-	15	-
Übrige Befragte	47	37	6	2	7	0

3.

Die Politik beabsichtigt, die gesetzliche Pflegeversicherung in nächster Zeit zu reformieren.

Welches sind aus Ihrer Sicht die größten Probleme der gesetzlichen Pflegeversicherung?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Die bürokratischen Auflagen sind zu hoch					
	sehr großes Problem	ziemlich großes Problem	weniger großes Problem	gar kein Problem	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	40	33	13	3	11	0
Region						
Alte Bundesländer	39	34	13	3	11	0
Neue Bundesländer	44	29	12	2	11	1
Alter						
18 bis 24 Jahre	20	53	18	3	6	-
25 bis 34 Jahre	35	35	15	1	13	-
35 bis 44 Jahre	39	35	12	1	11	1
45 bis 54 Jahre	44	25	17	4	10	-
55 bis 64 Jahre	51	27	10	3	9	-
65 Jahre und älter	42	32	7	3	15	1
Geschlecht						
Männlich	36	35	14	3	12	1
Weiblich	44	31	12	3	10	-
Bildungsniveau						
Hauptschule	44	34	11	2	9	-
Realschulabschluß	44	34	11	3	8	-
Gymnasium/ EOS	36	34	15	1	12	1
Universität/ Fachhochschule	33	31	15	4	16	1
Berufstätigkeit						
Berufstätig	40	34	12	2	11	0
Nicht berufstätig	44	31	5	6	14	-
Vorübergehend arbeitslos	39	36	14	2	8	-
In Ausbildung	19	38	33	3	7	-
Rentner, Pensionär	45	29	9	3	14	1
Beruf						
Angestellter	42	33	11	3	10	0
Beamter	28	43	12	-	16	-
Freiberufler bzw. Selbständiger	39	30	16	3	11	-
Arbeiter	43	39	9	2	7	-

3.

Die Politik beabsichtigt, die gesetzliche Pflegeversicherung in nächster Zeit zu reformieren.

Welches sind aus Ihrer Sicht die größten Probleme der gesetzlichen Pflegeversicherung?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Die bürokratischen Auflagen sind zu hoch					
	sehr großes Problem	ziemlich großes Problem	weniger großes Problem	gar kein Problem	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	40	33	13	3	11	0
Haushaltsstruktur						
Single Haushalt ohne Kinder	37	32	18	3	10	-
Single Haushalt mit Kindern	48	21	26	-	5	-
Verheiratet ohne Kinder	31	40	15	1	10	3
Verheiratet mit Kindern	45	31	10	3	11	0
ledig mit Partner(in) lebend	24	47	13	-	15	-
verwitwet/ geschieden	41	33	9	4	12	1
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen						
bis 1000 Euro	43	34	12	3	8	-
1001 bis 1500 Euro	43	31	12	3	11	0
1501 bis 2500 Euro	46	29	12	1	11	-
2501 bis 3500 Euro	39	35	14	1	10	1
über 3500 Euro	30	30	14	4	23	-
Parteipräferenz						
CDU/CSU	41	33	14	3	9	0
SPD	36	37	14	3	10	-
FDP	30	35	18	1	16	-
Bündnis 90/ Die Grünen	33	35	14	2	14	3
Linkspartei	45	38	11	3	3	-
Andere Partei	52	24	15	-	8	-
Übrige Befragte	46	29	10	3	12	0

3.

Die Politik beabsichtigt, die gesetzliche Pflegeversicherung in nächster Zeit zu reformieren.

Welches sind aus Ihrer Sicht die größten Probleme der gesetzlichen Pflegeversicherung?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	sehr gut	ziemlich gut	weniger gut	eher schlecht	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	9	24	36	30	1	0
Region						
Alte Bundesländer	9	24	35	31	1	0
Neue Bundesländer	9	24	37	27	2	1
Alter						
18 bis 24 Jahre	5	23	32	40	1	-
25 bis 34 Jahre	4	16	44	36	-	-
35 bis 44 Jahre	7	15	42	35	1	-
45 bis 54 Jahre	10	28	35	26	1	-
55 bis 64 Jahre	10	31	30	27	1	1
65 Jahre und älter	14	32	30	22	2	0
Geschlecht						
Männlich	7	23	36	33	1	0
Weiblich	11	25	36	27	1	0
Bildungsniveau						
Hauptschule	9	25	35	30	1	0
Realschulabschluß	8	27	38	27	1	-
Gymnasium/ EOS	6	23	37	33	1	-
Universität/ Fachhochschule	10	21	35	31	1	1
Berufstätigkeit						
Berufstätig	7	21	38	33	1	0
Nicht berufstätig	8	16	41	32	3	-
Vorübergehend arbeitslos	19	22	31	28	-	-
In Ausbildung	4	19	41	35	2	-
Rentner, Pensionär	13	33	29	22	1	0
Beruf						
Angestellter	6	22	40	31	1	0
Beamter	11	23	25	37	4	-
Freiberufler bzw. Selbständiger	9	22	31	37	-	1
Arbeiter	-	15	47	38	-	-

4.

Wie gut fühlen Sie sich über die Probleme im Zusammenhang mit der gesetzlichen Pflegeversicherung informiert?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	sehr gut	ziemlich gut	weniger gut	eher schlecht	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	9	24	36	30	1	0
Haushaltsstruktur						
Single Haushalt ohne Kinder	9	21	38	31	1	0
Single Haushalt mit Kindern	10	11	37	42	-	-
Verheiratet ohne Kinder	8	32	36	24	-	-
Verheiratet mit Kindern	8	25	36	30	1	0
ledig mit Partner(in) lebend	6	23	36	35	-	-
verwitwet/ geschieden	10	26	33	28	2	-
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen						
bis 1000 Euro	12	21	34	32	2	-
1001 bis 1500 Euro	8	25	41	26	-	-
1501 bis 2500 Euro	8	24	38	29	1	1
2501 bis 3500 Euro	4	23	39	33	1	-
über 3500 Euro	10	22	35	32	1	-
Parteipräferenz						
CDU/CSU	10	27	38	22	2	1
SPD	13	16	40	31	-	-
FDP	6	28	43	23	-	-
Bündnis 90/ Die Grünen	5	31	37	25	2	-
Linkspartei	4	24	27	42	-	3
Andere Partei	-	11	37	52	-	-
Übrige Befragte	8	26	32	33	1	-

4.

Wie gut fühlen Sie sich über die Probleme im Zusammenhang mit der gesetzlichen Pflegeversicherung informiert?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Alle Kosten	Nur einen Teil	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	5	88	0	6
Region				
Alte Bundesländer	5	88	0	6
Neue Bundesländer	5	89	-	6
Alter				
18 bis 24 Jahre	7	81	-	12
25 bis 34 Jahre	4	93	-	3
35 bis 44 Jahre	5	91	1	3
45 bis 54 Jahre	4	92	-	5
55 bis 64 Jahre	7	88	-	5
65 Jahre und älter	5	82	0	13
Geschlecht				
Männlich	6	87	0	6
Weiblich	4	89	0	7
Bildungsniveau				
Hauptschule	9	81	0	10
Realschulabschluß	4	91	-	5
Gymnasium/ EOS	3	90	0	7
Universität/ Fachhochschule	3	93	1	3
Berufstätigkeit				
Berufstätig	4	91	0	4
Nicht berufstätig	5	86	-	9
Vorübergehend arbeitslos	10	86	-	3
In Ausbildung	8	83	-	9
Rentner, Pensionär	5	85	1	10
Beruf				
Angestellter	4	92	0	3
Beamter	4	91	-	5
Freiberufler bzw. Selbständiger	4	93	1	2
Arbeiter	7	81	-	12

5.

Für den Fall, dass Sie selbst oder ein Familienangehöriger einmal pflegebedürftig werden, übernimmt die gesetzliche Pflegeversicherung dann Ihres Wissens nach alle Kosten für die Pflege oder nur einen Teil davon?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Alle Kosten	Nur einen Teil	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	5	88	0	6
Haushaltsstruktur				
Single Haushalt ohne Kinder	4	87	1	8
Single Haushalt mit Kindern	16	82	-	2
Verheiratet ohne Kinder	9	89	-	3
Verheiratet mit Kindern	4	90	0	5
ledig mit Partner(in) lebend	4	90	-	6
verwitwet/ geschieden	7	84	-	9
Monatliches Haushaltsnetto- einkommen				
bis 1000 Euro	10	81	-	8
1001 bis 1500 Euro	5	87	-	8
1501 bis 2500 Euro	4	93	0	3
2501 bis 3500 Euro	3	94	-	3
über 3500 Euro	3	94	-	3
Parteipräferenz				
CDU/CSU	7	84	1	8
SPD	3	93	0	3
FDP	3	83	-	14
Bündnis 90/ Die Grünen	5	93	-	2
Linkspartei	7	88	-	5
Andere Partei	6	94	-	-
Übrige Befragte	4	88	-	8

5.

Für den Fall, dass Sie selbst oder ein Familienangehöriger einmal pflegebedürftig werden, übernimmt die gesetzliche Pflegeversicherung dann Ihres Wissens nach alle Kosten für die Pflege oder nur einen Teil davon?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Trifft zu	Trifft nicht zu	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	77	15	0	7
Region				
Alte Bundesländer	78	14	1	7
Neue Bundesländer	74	18	-	8
Alter				
18 bis 24 Jahre	73	18	-	9
25 bis 34 Jahre	80	14	-	6
35 bis 44 Jahre	83	10	1	6
45 bis 54 Jahre	83	12	1	4
55 bis 64 Jahre	72	18	0	9
65 Jahre und älter	71	18	-	11
Geschlecht				
Männlich	77	15	1	7
Weiblich	77	15	0	8
Bildungsniveau				
Hauptschule	68	22	0	10
Realschulabschluß	82	13	0	5
Gymnasium/ EOS	83	8	-	9
Universität/ Fachhochschule	79	12	1	7
Berufstätigkeit				
Berufstätig	82	11	1	6
Nicht berufstätig	78	9	-	13
Vorübergehend arbeitslos	71	16	-	13
In Ausbildung	72	23	-	5
Rentner, Pensionär	70	20	0	10
Beruf				
Angestellter	84	9	0	7
Beamter	78	17	-	5
Freiberufler bzw. Selbständiger	87	8	3	2
Arbeiter	62	34	-	4

6.

Für den Fall, dass die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung und die eigenen Mittel nicht ausreichen, um die Pflegekosten zu bezahlen, müssen dann Ihres Wissens die Angehörigen für die Pflegekosten aufkommen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Trifft zu	Trifft nicht zu	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	77	15	0	7
Haushaltsstruktur				
Single Haushalt ohne Kinder	75	15	0	9
Single Haushalt mit Kindern	79	19	-	2
Verheiratet ohne Kinder	79	13	-	9
Verheiratet mit Kindern	78	15	1	6
ledig mit Partner(in) lebend	86	11	-	4
verwitwet/ geschieden	74	16	0	10
Monatliches Haushaltsnetto- einkommen				
bis 1000 Euro	70	22	-	8
1001 bis 1500 Euro	76	15	0	8
1501 bis 2500 Euro	81	14	0	5
2501 bis 3500 Euro	84	10	-	6
über 3500 Euro	88	5	3	4
Parteipräferenz				
CDU/CSU	78	15	0	7
SPD	78	16	1	5
FDP	86	9	-	6
Bündnis 90/ Die Grünen	76	15	2	8
Linkspartei	84	12	-	4
Andere Partei	80	6	-	14
Übrige Befragte	77	15	0	8

6.

Für den Fall, dass die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung und die eigenen Mittel nicht ausreichen, um die Pflegekosten zu bezahlen, müssen dann Ihres Wissens die Angehörigen für die Pflegekosten aufkommen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Sehr große Sorgen	Ziemlich große Sorgen	Eher geringe Sorgen	Gar keine Sorgen	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	30	27	28	13	2	0
Region						
Alte Bundesländer	27	28	29	13	2	0
Neue Bundesländer	39	24	24	11	3	-
Alter						
18 bis 24 Jahre	30	29	32	8	1	-
25 bis 34 Jahre	29	29	30	11	2	-
35 bis 44 Jahre	31	31	26	10	2	-
45 bis 54 Jahre	32	25	28	14	1	-
55 bis 64 Jahre	30	25	26	15	4	-
65 Jahre und älter	31	24	27	16	1	0
Geschlecht						
Männlich	27	25	32	12	3	0
Weiblich	33	29	24	13	1	0
Bildungsniveau						
Hauptschule	35	26	23	13	3	0
Realschulabschluß	34	28	24	13	1	-
Gymnasium/ EOS	22	29	38	11	1	-
Universität/ Fachhochschule	24	27	33	13	2	0
Berufstätigkeit						
Berufstätig	31	30	27	11	2	-
Nicht berufstätig	31	28	23	14	4	-
Vorübergehend arbeitslos	43	24	16	15	2	-
In Ausbildung	18	23	44	13	2	-
Rentner, Pensionär	30	23	28	15	2	1
Beruf						
Angestellter	33	30	27	7	2	-
Beamter	25	29	32	14	-	-
Freiberufler bzw. Selbständiger	26	25	28	21	-	-
Arbeiter	27	34	24	15	-	-

7.
Wenn Sie einmal an Ihre eigene Zukunft oder an die Ihrer Eltern denken, haben Sie dann sehr große, ziemlich große, eher geringe oder gar keine Sorgen, dass Sie im Fall der Pflegebedürftigkeit Ihrer Eltern oder Ihrer eigenen Pflegebedürftigkeit die Kosten für sich selbst oder für einen Angehörigen nicht aufbringen können?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Sehr große Sorgen	Ziemlich große Sorgen	Eher geringe Sorgen	Gar keine Sorgen	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	30	27	28	13	2	0

Haushaltsstruktur

Single Haushalt ohne Kinder	27	26	33	11	2	0
Single Haushalt mit Kindern	48	33	8	11	-	-
Verheiratet ohne Kinder	32	25	30	9	4	-
Verheiratet mit Kindern	31	25	29	14	1	-
ledig mit Partner(in) lebend	28	42	18	10	2	-
verwitwet/ geschieden	30	29	26	14	3	-

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen

bis 1000 Euro	36	28	21	11	3	-
1001 bis 1500 Euro	34	31	22	10	3	-
1501 bis 2500 Euro	34	28	26	11	1	0
2501 bis 3500 Euro	22	27	40	11	1	-
über 3500 Euro	13	16	46	22	3	-

Parteipräferenz

CDU/CSU	30	27	32	9	2	1
SPD	28	26	31	15	-	-
FDP	11	31	43	15	-	-
Bündnis 90/ Die Grünen	9	36	39	13	4	-
Linkspartei	34	27	23	13	4	-
Andere Partei	50	14	19	11	6	-
Übrige Befragte	37	25	22	13	2	-

7.

Wenn Sie einmal an Ihre eigene Zukunft oder an die Ihrer Eltern denken, haben Sie dann sehr große, ziemlich große, eher geringe oder gar keine Sorgen, dass Sie im Fall der Pflegebedürftigkeit Ihrer Eltern oder Ihrer eigenen Pflegebedürftigkeit die Kosten für sich selbst oder für einen Angehörigen nicht aufbringen können?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Ja, notwendig	Nein, nicht notwendig	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	70	26	0	4
Region				
Alte Bundesländer	71	25	0	3
Neue Bundesländer	65	27	-	7
Alter				
18 bis 24 Jahre	68	26	2	5
25 bis 34 Jahre	79	20	-	1
35 bis 44 Jahre	66	30	1	4
45 bis 54 Jahre	67	28	-	5
55 bis 64 Jahre	72	24	0	3
65 Jahre und älter	67	25	-	7
Geschlecht				
Männlich	70	26	-	4
Weiblich	70	25	1	4
Bildungsniveau				
Hauptschule	67	28	0	4
Realschulabschluß	69	25	0	5
Gymnasium/ EOS	74	23	-	3
Universität/ Fachhochschule	72	23	1	4
Berufstätigkeit				
Berufstätig	71	26	0	3
Nicht berufstätig	68	25	1	6
Vorübergehend arbeitslos	77	19	-	4
In Ausbildung	67	29	2	2
Rentner, Pensionär	68	25	0	6
Beruf				
Angestellter	71	25	0	4
Beamter	76	20	-	4
Freiberufler bzw. Selbständiger	76	24	-	-
Arbeiter	59	37	-	3

8.

In der Altersvorsorge wird schon seit einigen Jahren dringend die so genannte Riesterrente, eine private Vorsorge in Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung empfohlen.

Vergleichbare Vorschläge werden in der Politik aktuell auch für die Pflegeversicherung diskutiert.

Halten Sie es persönlich für notwendig, dass eine private Zusatzversicherung zur Deckung der Pflegekosten eingeführt werden muss?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Ja, notwendig	Nein, nicht notwendig	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	70	26	0	4
Haushaltsstruktur				
Single Haushalt ohne Kinder	72	23	-	5
Single Haushalt mit Kindern	66	29	-	5
Verheiratet ohne Kinder	69	30	-	1
Verheiratet mit Kindern	71	24	0	4
ledig mit Partner(in) lebend	75	23	2	-
verwitwet/ geschieden	61	32	0	7
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen				
bis 1000 Euro	62	30	1	7
1001 bis 1500 Euro	71	25	0	4
1501 bis 2500 Euro	74	24	0	1
2501 bis 3500 Euro	73	26	-	1
über 3500 Euro	81	15	-	4
Parteipräferenz				
CDU/CSU	73	24	-	3
SPD	71	25	-	4
FDP	80	20	-	-
Bündnis 90/ Die Grünen	79	17	2	1
Linkspartei	46	49	-	5
Andere Partei	39	56	-	5
Übrige Befragte	70	25	1	5

8.

In der Altersvorsorge wird schon seit einigen Jahren dringend die so genannte Riesterrente, eine private Vorsorge in Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung empfohlen.

Vergleichbare Vorschläge werden in der Politik aktuell auch für die Pflegeversicherung diskutiert.

Halten Sie es persönlich für notwendig, dass eine private Zusatzversicherung zur Deckung der Pflegekosten eingeführt werden muss?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Finde ich richtig, (dass jede Generation auch für sich selber vorsorgen soll)	Nicht richtig (die Jungen sollten auch in Zukunft für die Alten aufkommen)	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	69	24	1	6
Region				
Alte Bundesländer	70	23	1	6
Neue Bundesländer	65	27	2	6
Alter				
18 bis 24 Jahre	68	27	1	3
25 bis 34 Jahre	69	24	1	6
35 bis 44 Jahre	67	23	1	9
45 bis 54 Jahre	71	22	1	6
55 bis 64 Jahre	72	18	2	8
65 Jahre und älter	67	28	1	4
Geschlecht				
Männlich	67	25	2	6
Weiblich	70	23	0	6
Bildungsniveau				
Hauptschule	61	32	1	5
Realschulabschluß	73	18	0	9
Gymnasium/ EOS	73	22	1	4
Universität/ Fachhochschule	72	20	3	6
Berufstätigkeit				
Berufstätig	70	22	1	7
Nicht berufstätig	70	22	-	7
Vorübergehend arbeitslos	61	34	-	5
In Ausbildung	70	25	3	2
Rentner, Pensionär	67	26	1	6
Beruf				
Angestellter	69	22	1	8
Beamter	80	13	-	7
Freiberufler bzw. Selbständiger	71	22	5	3
Arbeiter	64	26	-	11

9.

Finden Sie es in diesem Zusammenhang richtig, dass jede Generation auch für sich selber vorsorgen soll oder sollen wie bisher die Jungen für die Alten aufkommen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Finde ich richtig, (dass jede Generation auch für sich selber vorsorgen soll)	Nicht richtig (die Jungen sollten auch in Zukunft für die Alten aufkommen)	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	69	24	1	6
Haushaltsstruktur				
Single Haushalt ohne Kinder	69	24	1	5
Single Haushalt mit Kindern	50	27	7	16
Verheiratet ohne Kinder	74	18	1	6
Verheiratet mit Kindern	69	24	1	6
ledig mit Partner(in) lebend	71	17	2	10
verwitwet/ geschieden	70	26	-	4
Monatliches Haushaltsnetto- einkommen				
bis 1000 Euro	67	27	1	5
1001 bis 1500 Euro	68	25	1	6
1501 bis 2500 Euro	71	23	1	5
2501 bis 3500 Euro	68	20	2	9
über 3500 Euro	75	20	1	4
Parteipräferenz				
CDU/CSU	69	27	1	3
SPD	69	24	-	7
FDP	80	17	3	-
Bündnis 90/ Die Grünen	70	28	-	2
Linkspartei	58	33	5	3
Andere Partei	63	35	-	3
Übrige Befragte	69	21	1	9

9.

Finden Sie es in diesem Zusammenhang richtig, dass jede Generation auch für sich selber vorsorgen soll oder sollen wie bisher die Jungen für die Alten aufkommen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Beitragserhöhungen			
	eher befürworten	eher ablehnen	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	33	64	1	3
Region				
Alte Bundesländer	35	61	0	3
Neue Bundesländer	25	70	1	4
Alter				
18 bis 24 Jahre	41	56	-	3
25 bis 34 Jahre	34	61	1	4
35 bis 44 Jahre	29	66	0	4
45 bis 54 Jahre	26	71	0	2
55 bis 64 Jahre	31	66	-	2
65 Jahre und älter	38	59	1	2
Geschlecht				
Männlich	37	61	0	1
Weiblich	29	66	1	4
Bildungsniveau				
Hauptschule	29	69	0	2
Realschulabschluß	28	68	1	3
Gymnasium/ EOS	36	60	0	3
Universität/ Fachhochschule	41	55	1	3
Berufstätigkeit				
Berufstätig	33	64	1	3
Nicht berufstätig	19	73	-	8
Vorübergehend arbeitslos	26	74	-	-
In Ausbildung	37	58	-	5
Rentner, Pensionär	36	60	1	3
Beruf				
Angestellter	30	67	0	3
Beamter	48	49	2	2
Freiberufler bzw. Selbständiger	37	59	1	3
Arbeiter	28	70	-	2

10.

Da die Kosten in der Pflegeversicherung in Zukunft vermutlich stark ansteigen werden, haben SPD und Union im Koalitionsvertrag vereinbart, dass für die Pflege ein ergänzender Kapitalstock aufgebaut werden soll.

Welche Möglichkeiten zur Finanzierung eines solchen ergänzenden Kapitalstocks würden Sie eher befürworten, welche eher ablehnen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Beitragserhöhungen			
	eher befürworten	eher ablehnen	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	33	64	1	3
Haushaltsstruktur				
Single Haushalt ohne Kinder	34	63	1	3
Single Haushalt mit Kindern	33	59	-	8
Verheiratet ohne Kinder	34	64	-	2
Verheiratet mit Kindern	32	65	0	3
ledig mit Partner(in) lebend	49	46	-	5
verwitwet/ geschieden	26	71	2	2
Monatliches Haushaltsnetto- einkommen				
bis 1000 Euro	24	72	2	3
1001 bis 1500 Euro	34	63	0	3
1501 bis 2500 Euro	38	60	-	2
2501 bis 3500 Euro	38	62	-	-
über 3500 Euro	39	59	-	2
Parteipräferenz				
CDU/CSU	39	59	-	2
SPD	38	60	1	2
FDP	38	57	-	5
Bündnis 90/ Die Grünen	45	51	-	4
Linkspartei	23	73	-	4
Andere Partei	15	83	-	3
Übrige Befragte	26	70	1	3

10.

Da die Kosten in der Pflegeversicherung in Zukunft vermutlich stark ansteigen werden, haben SPD und Union im Koalitionsvertrag vereinbart, dass für die Pflege ein ergänzender Kapitalstock aufgebaut werden soll. Welche Möglichkeiten zur Finanzierung eines solchen ergänzenden Kapitalstocks würden Sie eher befürworten, welche eher ablehnen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Leistungskürzungen			
	eher befürworten	eher ablehnen	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	13	82	0	5
Region				
Alte Bundesländer	13	81	1	5
Neue Bundesländer	10	84	-	6
Alter				
18 bis 24 Jahre	17	77	-	6
25 bis 34 Jahre	15	82	-	3
35 bis 44 Jahre	13	82	0	4
45 bis 54 Jahre	14	81	-	5
55 bis 64 Jahre	7	84	0	8
65 Jahre und älter	11	82	0	6
Geschlecht				
Männlich	13	81	0	5
Weiblich	12	82	1	5
Bildungsniveau				
Hauptschule	13	79	1	8
Realschulabschluß	11	84	0	5
Gymnasium/ EOS	16	79	-	5
Universität/ Fachhochschule	13	84	0	3
Berufstätigkeit				
Berufstätig	12	83	0	5
Nicht berufstätig	17	75	-	7
Vorübergehend arbeitslos	19	79	-	2
In Ausbildung	17	77	-	6
Rentner, Pensionär	10	82	1	6
Beruf				
Angestellter	13	82	0	5
Beamter	6	93	-	2
Freiberufler bzw. Selbständiger	12	79	-	9
Arbeiter	7	90	-	4

10.

Da die Kosten in der Pflegeversicherung in Zukunft vermutlich stark ansteigen werden, haben SPD und Union im Koalitionsvertrag vereinbart, dass für die Pflege ein ergänzender Kapitalstock aufgebaut werden soll. Welche Möglichkeiten zur Finanzierung eines solchen ergänzenden Kapitalstocks würden Sie eher befürworten, welche eher ablehnen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Leistungskürzungen			
	eher befürworten	eher ablehnen	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	13	82	0	5
Haushaltsstruktur				
Single Haushalt ohne Kinder	14	81	0	5
Single Haushalt mit Kindern	5	90	-	5
Verheiratet ohne Kinder	14	84	-	3
Verheiratet mit Kindern	14	80	-	6
ledig mit Partner(in) lebend	13	82	-	5
verwitwet/ geschieden	8	86	1	6
Monatliches Haushaltsnetto- einkommen				
bis 1000 Euro	12	82	0	6
1001 bis 1500 Euro	9	86	0	5
1501 bis 2500 Euro	14	82	-	5
2501 bis 3500 Euro	17	78	-	4
über 3500 Euro	12	82	-	5
Parteipräferenz				
CDU/CSU	19	74	1	6
SPD	13	83	0	4
FDP	13	81	-	6
Bündnis 90/ Die Grünen	16	79	-	5
Linkspartei	11	85	-	3
Andere Partei	18	74	-	8
Übrige Befragte	9	85	0	6

10.

Da die Kosten in der Pflegeversicherung in Zukunft vermutlich stark ansteigen werden, haben SPD und Union im Koalitionsvertrag vereinbart, dass für die Pflege ein ergänzender Kapitalstock aufgebaut werden soll. Welche Möglichkeiten zur Finanzierung eines solchen ergänzenden Kapitalstocks würden Sie eher befürworten, welche eher ablehnen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Steuererhöhungen			
	eher befürworten	eher ablehnen	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	16	81	0	2
Region				
Alte Bundesländer	17	81	0	2
Neue Bundesländer	15	81	-	4
Alter				
18 bis 24 Jahre	15	82	-	3
25 bis 34 Jahre	12	84	-	4
35 bis 44 Jahre	14	85	-	1
45 bis 54 Jahre	19	79	0	1
55 bis 64 Jahre	18	80	-	2
65 Jahre und älter	19	78	-	3
Geschlecht				
Männlich	17	82	0	1
Weiblich	16	81	0	3
Bildungsniveau				
Hauptschule	10	87	-	3
Realschulabschluß	15	81	-	3
Gymnasium/ EOS	14	84	-	2
Universität/ Fachhochschule	26	72	0	1
Berufstätigkeit				
Berufstätig	17	82	0	1
Nicht berufstätig	5	91	-	4
Vorübergehend arbeitslos	14	85	-	2
In Ausbildung	12	83	-	5
Rentner, Pensionär	19	77	0	3
Beruf				
Angestellter	16	82	-	1
Beamter	22	77	2	-
Freiberufler bzw. Selbständiger	20	78	-	2
Arbeiter	10	87	-	3

10.

Da die Kosten in der Pflegeversicherung in Zukunft vermutlich stark ansteigen werden, haben SPD und Union im Koalitionsvertrag vereinbart, dass für die Pflege ein ergänzender Kapitalstock aufgebaut werden soll. Welche Möglichkeiten zur Finanzierung eines solchen ergänzenden Kapitalstocks würden Sie eher befürworten, welche eher ablehnen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Steuererhöhungen			
	eher befürworten	eher ablehnen	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	16	81	0	2
Haushaltsstruktur				
Single Haushalt ohne Kinder	17	81	-	3
Single Haushalt mit Kindern	6	90	-	4
Verheiratet ohne Kinder	20	79	-	1
Verheiratet mit Kindern	18	80	-	2
ledig mit Partner(in) lebend	14	81	-	5
verwitwet/ geschieden	11	86	1	3
Monatliches Haushaltsnetto- einkommen				
bis 1000 Euro	10	86	-	3
1001 bis 1500 Euro	14	82	0	4
1501 bis 2500 Euro	18	82	-	-
2501 bis 3500 Euro	23	77	-	-
über 3500 Euro	28	72	-	-
Parteipräferenz				
CDU/CSU	19	79	-	2
SPD	20	79	0	0
FDP	16	82	-	2
Bündnis 90/ Die Grünen	27	71	-	1
Linkspartei	14	78	-	8
Andere Partei	9	89	-	3
Übrige Befragte	12	86	-	2

10.

Da die Kosten in der Pflegeversicherung in Zukunft vermutlich stark ansteigen werden, haben SPD und Union im Koalitionsvertrag vereinbart, dass für die Pflege ein ergänzender Kapitalstock aufgebaut werden soll. Welche Möglichkeiten zur Finanzierung eines solchen ergänzenden Kapitalstocks würden Sie eher befürworten, welche eher ablehnen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Jeder sollte eine private Zusatzversicherung abschließen müssen			
	eher befürworten	eher ablehnen	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	53	44	1	3
Region				
Alte Bundesländer	54	43	1	3
Neue Bundesländer	49	46	1	4
Alter				
18 bis 24 Jahre	50	48	-	1
25 bis 34 Jahre	56	42	-	2
35 bis 44 Jahre	47	47	-	6
45 bis 54 Jahre	52	45	-	3
55 bis 64 Jahre	55	41	-	4
65 Jahre und älter	56	41	1	2
Geschlecht				
Männlich	53	44	0	3
Weiblich	52	43	1	4
Bildungsniveau				
Hauptschule	54	41	1	5
Realschulabschluß	47	49	-	4
Gymnasium/ EOS	55	42	-	3
Universität/ Fachhochschule	57	41	1	1
Berufstätigkeit				
Berufstätig	53	44	-	3
Nicht berufstätig	54	44	-	1
Vorübergehend arbeitslos	39	45	-	16
In Ausbildung	53	46	-	2
Rentner, Pensionär	54	42	2	2
Beruf				
Angestellter	54	43	-	3
Beamter	75	25	-	-
Freiberufler bzw. Selbständiger	40	54	-	6
Arbeiter	50	49	-	2

10.

Da die Kosten in der Pflegeversicherung in Zukunft vermutlich stark ansteigen werden, haben SPD und Union im Koalitionsvertrag vereinbart, dass für die Pflege ein ergänzender Kapitalstock aufgebaut werden soll. Welche Möglichkeiten zur Finanzierung eines solchen ergänzenden Kapitalstocks würden Sie eher befürworten, welche eher ablehnen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Jeder sollte eine private Zusatzversicherung abschließen müssen			
	eher befürworten	eher ablehnen	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	53	44	1	3
Haushaltsstruktur				
Single Haushalt ohne Kinder	53	43	0	4
Single Haushalt mit Kindern	54	33	-	13
Verheiratet ohne Kinder	53	47	-	-
Verheiratet mit Kindern	54	43	0	3
ledig mit Partner(in) lebend	50	47	-	3
verwitwet/ geschieden	50	45	1	4
Monatliches Haushaltsnetto- einkommen				
bis 1000 Euro	43	52	1	5
1001 bis 1500 Euro	47	49	-	4
1501 bis 2500 Euro	55	43	-	2
2501 bis 3500 Euro	59	39	-	2
über 3500 Euro	61	37	-	2
Parteipräferenz				
CDU/CSU	62	34	1	3
SPD	56	43	-	1
FDP	54	45	-	2
Bündnis 90/ Die Grünen	49	49	-	3
Linkspartei	34	66	-	-
Andere Partei	32	68	-	-
Übrige Befragte	48	46	1	5

10.

Da die Kosten in der Pflegeversicherung in Zukunft vermutlich stark ansteigen werden, haben SPD und Union im Koalitionsvertrag vereinbart, dass für die Pflege ein ergänzender Kapitalstock aufgebaut werden soll. Welche Möglichkeiten zur Finanzierung eines solchen ergänzenden Kapitalstocks würden Sie eher befürworten, welche eher ablehnen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Bei privaten Ver- sicherungen	Bei staatlichen Institutionen	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	45	41	2	12
Region				
Alte Bundesländer	50	36	3	12
Neue Bundesländer	28	56	2	14
Alter				
18 bis 24 Jahre	54	38	2	6
25 bis 34 Jahre	55	36	-	9
35 bis 44 Jahre	54	35	2	9
45 bis 54 Jahre	43	43	2	12
55 bis 64 Jahre	42	42	3	12
65 Jahre und älter	26	50	3	21
Geschlecht				
Männlich	47	39	3	12
Weiblich	42	43	2	13
Bildungsniveau				
Hauptschule	33	48	4	16
Realschulabschluß	48	37	1	14
Gymnasium/ EOS	59	33	-	8
Universität/ Fachhochschule	46	43	3	8
Berufstätigkeit				
Berufstätig	51	37	2	10
Nicht berufstätig	51	39	1	9
Vorübergehend arbeitslos	32	54	2	12
In Ausbildung	56	30	2	12
Rentner, Pensionär	29	50	4	18
Beruf				
Angestellter	48	39	2	11
Beamter	73	24	-	3
Freiberufler bzw. Selbständiger	55	31	2	12
Arbeiter	51	45	-	3

11.

Würden Sie bevorzugen, dass Ihre Beiträge für den Aufbau eines ergänzenden Kapitalstocks bei privaten Versicherungen (unter staatlicher Aufsicht) oder bei einer staatlichen Institution angelegt und verwaltet werden?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Bei privaten Ver- sicherungen	Bei staatlichen Institutionen	Keine Angabe	Weiß nicht
Insgesamt	45	41	2	12
Haushaltsstruktur				
Single Haushalt ohne Kinder	54	37	0	9
Single Haushalt mit Kindern	47	34	6	13
Verheiratet ohne Kinder	40	44	5	11
Verheiratet mit Kindern	44	42	2	12
ledig mit Partner(in) lebend	53	36	2	9
verwitwet/ geschieden	32	47	3	17
Monatliches Haushaltsnetto- einkommen				
bis 1000 Euro	33	48	4	15
1001 bis 1500 Euro	45	41	1	13
1501 bis 2500 Euro	50	39	1	9
2501 bis 3500 Euro	53	36	2	9
über 3500 Euro	64	26	2	9
Parteipräferenz				
CDU/CSU	49	42	1	8
SPD	45	48	2	6
FDP	72	16	2	11
Bündnis 90/ Die Grünen	52	38	4	7
Linkspartei	21	67	4	8
Andere Partei	47	23	6	24
Übrige Befragte	41	39	3	18

11.

Würden Sie bevorzugen, dass Ihre Beiträge für den Aufbau eines ergänzenden Kapitalstocks bei privaten Versicherungen (unter staatlicher Aufsicht) oder bei einer staatlichen Institution angelegt und verwaltet werden?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Ja, bereit	Nein, nicht bereit	Lohnt nicht mehr, bin zu alt	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	58	25	12	4	1
Region					
Alte Bundesländer	60	26	10	4	1
Neue Bundesländer	53	24	19	4	-
Alter					
18 bis 24 Jahre	67	29	-	5	-
25 bis 34 Jahre	79	17	-	4	-
35 bis 44 Jahre	68	24	1	6	1
45 bis 54 Jahre	63	29	3	5	0
55 bis 64 Jahre	46	27	25	2	-
65 Jahre und älter	34	28	37	1	0
Geschlecht					
Männlich	61	26	10	3	0
Weiblich	56	25	14	4	1
Bildungsniveau					
Hauptschule	44	34	19	2	0
Realschulabschluß	61	26	8	6	-
Gymnasium/ EOS	71	17	7	4	-
Universität/ Fachhochschule	66	20	10	3	1
Berufstätigkeit					
Berufstätig	68	22	4	5	0
Nicht berufstätig	63	31	1	4	1
Vorübergehend arbeitslos	68	23	7	2	-
In Ausbildung	67	30	-	3	-
Rentner, Pensionär	34	28	35	1	1
Beruf					
Angestellter	69	20	4	6	0
Beamter	69	22	5	4	-
Freiberufler bzw. Selbständiger	66	25	7	2	-
Arbeiter	59	33	3	5	-

12.

Wären Sie grundsätzlich bereit, eine solche - der Riesterrete ähnliche - private Zusatzversicherung abzuschließen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Ja, bereit	Nein, nicht bereit	Lohnt nicht mehr, bin zu alt	Weiß nicht	Keine Angabe
Insgesamt	58	25	12	4	1
Haushaltsstruktur					
Single Haushalt ohne Kinder	67	25	2	6	0
Single Haushalt mit Kindern	75	20	5	-	-
Verheiratet ohne Kinder	66	26	5	3	-
Verheiratet mit Kindern	56	26	14	3	0
ledig mit Partner(in) lebend	72	19	4	5	-
verwitwet/ geschieden	44	25	27	3	1
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen					
bis 1000 Euro	48	34	13	4	1
1001 bis 1500 Euro	53	24	18	5	-
1501 bis 2500 Euro	64	21	13	2	-
2501 bis 3500 Euro	69	21	7	3	-
über 3500 Euro	70	23	5	1	-
Parteipräferenz					
CDU/CSU	58	24	16	2	0
SPD	66	23	8	3	-
FDP	73	16	6	4	-
Bündnis 90/ Die Grünen	56	32	8	4	-
Linkspartei	48	26	22	3	-
Andere Partei	57	29	11	3	-
Übrige Befragte	55	28	11	5	0

12.

Wären Sie grundsätzlich bereit, eine solche - der Riesterreente ähnliche - private Zusatzversicherung abzuschließen?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Sonntagsfrage Bundestagswahl					
	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	Linkspartei	Andere
Insgesamt	34	32	10	10	8	6
Region						
Alte Bundesländer	34	34	12	10	4	5
Neue Bundesländer	34	27	3	9	19	8
Alter						
18 bis 24 Jahre	30	37	13	6	9	5
25 bis 34 Jahre	21	36	10	17	8	8
35 bis 44 Jahre	34	30	11	12	4	9
45 bis 54 Jahre	35	27	9	12	10	7
55 bis 64 Jahre	35	32	13	7	9	4
65 Jahre und älter	46	32	6	3	9	3
Geschlecht						
Männlich	32	31	14	8	9	7
Weiblich	36	34	6	12	7	5
Bildungsniveau						
Hauptschule	43	32	7	2	9	6
Realschulabschluß	41	28	8	10	5	9
Gymnasium/ EOS	25	39	17	8	7	4
Universität/ Fachhochschule	26	32	11	17	11	3
Berufstätigkeit						
Berufstätig	29	32	12	12	8	7
Nicht berufstätig	40	25	16	5	7	6
Vorübergehend arbeitslos	52	18	9	12	4	5
In Ausbildung	29	37	8	14	7	5
Rentner, Pensionär	43	34	6	5	9	3
Beruf						
Angestellter	29	35	9	12	7	8
Beamter	32	42	11	8	7	-
Freiberufler bzw. Selbständiger	27	18	25	18	7	5
Arbeiter	26	21	14	3	21	15

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahlen wären?

Umfrage PKV zur Pflegeversicherung (Februar 2007)

Zeile %	Sonntagsfrage Bundestagswahl					
	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	Linkspartei	Andere
Insgesamt	34	32	10	10	8	6
Haushaltsstruktur						
Single Haushalt ohne Kinder	27	38	9	13	7	6
Single Haushalt mit Kindern	54	22	-	9	-	15
Verheiratet ohne Kinder	9	44	11	10	11	15
Verheiratet mit Kindern	39	31	12	9	6	3
ledig mit Partner(in) lebend	30	27	14	8	13	9
verwitwet/ geschieden	37	27	7	7	13	9
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen						
bis 1000 Euro	32	36	7	8	8	9
1001 bis 1500 Euro	36	24	13	6	14	7
1501 bis 2500 Euro	34	34	9	10	7	5
2501 bis 3500 Euro	39	29	10	13	3	6
über 3500 Euro	31	34	11	18	3	3
Parteipräferenz						
CDU/CSU	100	-	-	-	-	-
SPD	-	100	-	-	-	-
FDP	-	-	100	-	-	-
Bündnis 90/ Die Grünen	-	-	-	100	-	-
Linkspartei	-	-	-	-	100	-
Andere Partei	-	-	-	-	-	100

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahlen wären?